

Zweites Kapitel

Die Entwicklung der nationalen Tendenzen in der Gegenwart

1.

Mehr als alle bisherigen Perioden der Geschichte scheint unser Zeitalter von nationalen Trieben, Ideen, Gegensätzen beherrscht. Es scheint sich um eine spezifisch moderne Bewegung zu handeln, welche, erst zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts anhebend, von da an unaufhaltsam an Macht und Stärke gewinnend und sich über die ganze Erde verbreitend, heute zum elementarsten Faktor des politischen Lebens geworden ist. In der That: was wir heute Nationalismus nennen, hat in dieser Form vor unserem Zeitalter die uns bekannte Geschichte des Menschengeschlechtes kaum gekannt. Ähnliches gab es zu allen Zeiten; auch früher haben die Menschen an ihrer Heimat und ihrem Volke gehangen, für ihr Vaterland und ihren Staat ihr Leben geopfert. Auch früher gab es Rassenfeindschaft und Rassenkriege, auch früher stand das Individuum in überindividuellen Zusammenhängen des Blutes und der Kultur.

Aber in früheren Zeiten waren diese Zusammenhänge nie so rein und stark ausgeprägt, sie verblieben vielfach in der Sphäre des Unbewußten und fanden nicht den stärkeren Ausdruck der Bewußtheit — und das im großen ganzen deshalb, weil Volk und Staat sich noch nicht gefunden hatten.

Dieses Sichfinden von Volk und Staat, die Entstehung der Nation und des Nationalstaates ist das tiefste Ereignis der modernen Geschichte. Auch im Mittelalter gab es Völker und Staaten. Aber zumeist führten die Staaten ebenso ein Leben

für sich wie die Völker. Das Individuum war nicht als Volksgenosse Glied des Staates, und nicht als Glied des Staatsvolks Genosse. Die Zugehörigkeit zu einem Staate hatte wezu thun mit der Zugehörigkeit zu einem Volke. Das Individuum war zwischen beiden geteilt, und beide standen n einander im Gegensatz. Dies war der Grund dafür, daß e starke eindeutige nationale Tendenz sich nicht entwickeln konnte. Das wurde erst möglich, als die Seele des Volkes und der Körper des Staates sich gefunden hatten und das entstand, was i heute Nationalstaat heißen. Man kann sagen — wenn man nachantike Entwicklung überblickt —, Volk und Staat hatten | durch die Jahrhunderte hindurch gesucht und erst in dem vorigen Jahrhundert eingesehen, daß sie zusammengehören und wie Körper und Seele aufeinander angewiesen sind. In der That sind sie Aber da sie verschiedene Lebensbedingungen, eine verschiedene Entstehung und verschiedene Entwicklung haben, geht es ihnen et wie Mann und Frau, die auch aufeinander angewiesen sind u sich doch nie ganz verstehen können. Deswegen hat es auch lange gedauert, bis diese Ehe zustande kam, und deshalb ist auch heute nirgends ganz ungetrübt.

Die Entstehung des Nationalstaates bedeutet für das Verhältnis der Individuen zu den überindividuellen Bindungen, denen es steht, eine ungeheure Umwälzung. Zwei solcher Bindungen, die sich früher durchkreuzten, sind eine geworden u durch diese Einheit zu ungeheurer Macht gelangt. Der Volksgenosse wurde zum Staatsbürger, der Staat zur äußeren Organisation der inneren Gemeinschaft, welche Volk heißt. Die Kraft, welche das Individuum an den Blut- und Kulturzusammenhang d Volkes band, und die Macht, welche die äußere Organisation d Staates besaß und beanspruchte, vereinigten sich. Die Volkseite konnte nun ganz andere Ansprüche an das Individuum stellen denn sie hatte die Macht des Staates hinter sich; der Staat konnte seine Ansprüche verdoppeln, weil er sich auf die Idee d Volkes berufen konnte.

So entstand das, was wir heute die nationale Tendenz nennen. Sie ist seit ihrer Entstehung ständig an Kraft und I

tenfität gewachsen und wächst noch immerfort weiter. Sie hat rings um die Erde alle Völker ergriffen, hat vor Staaten wie der Türkei und China, für welche ganz andere geschichtliche Vorbedingungen gelten, nicht haltgemacht, und beherrscht überall das politische Geschehen. Auf das Individuum übertragen, kann man diese Entwicklung so ausdrücken, daß das Individuum immer mehr im Volksgenossen untergeht. Der Einzelne ist immer weniger ein wirklicher Einzelner und immer mehr Glied und Vertreter der Nation.

Diese Entwicklung ist so augenscheinlich, sie wird durch eine so eindringliche Erfahrung bestätigt, daß es sich erübrigt, sie an der Geschichte der einzelnen Völker im einzelnen nachzuweisen. Wenn wir trotzdem aus der Geschichte der einzelnen Völker Beispiele nehmen, so tun wir es nicht, um zu beweisen, sondern um zu erläutern und bei dieser Gelegenheit im Umriss darzutun, auf wie verschiedene Weise sich für die großen Völker, welche die Subjekte der Weltpolitik sind, das Problem des nationalen Wachstums stellt.

Der Krieg der Balkanvölker gegen die Türkei zeigt uns das Problem von zwei Seiten gleich deutlich. Der Lebenswille, die Lebensfähigkeit der Nationalstaaten auf der einen, die Lebensunfähigkeit, den notwendigen Verfall der nicht auf nationaler Grundlage aufgebauten europäischen Türkei auf der anderen Seite. Man sagt, König Ferdinand als vorsichtig wägender Politiker, habe den ersten Krieg nicht führen wollen, er sei von der Stimmung des Volkes und der Armee gedrängt worden. Er selbst habe in der zweifellos berechtigten Erwägung, daß seinem Bulgarien alles, was es durch Krieg gewinnen könnte, die Zukunft friedlich in den Schoß werfen würde, die Verluste an Gut und Blut und das Risiko des Krieges vermeiden wollen. Vielleicht wird eine spätere Geschichtschreibung einsehen, daß der König, wenn er so dachte, recht hatte. Der König mußte den Krieg führen, das Volk wollte die mazedonischen Brüder jenseits des Rilo- und Rodopegebirges befreit wissen; und die elementare Macht dieses Willens führte zum Siege. Wer die Schilderungen dieser Schlachten liest und über die enormen Verlustziffern nachsinnt — die Bulgaren verloren

an die 30 Prozent ihrer Armee — steht staunend vor der elementaren Gewalt der nationalen Idee. Das skeptische Europa, gewöhnt, auf diese Völker mit einem Gemisch von Mitleid und Verachtung herabzusehen, beugte sich dem Eindrucke. Kein Mensch kam auf die Idee, daß den Siegern ein Stück der Früchte ihr Sieges könnte vorenthalten werden. Man sah in den Forderung der nationalen Idee eine Art von göttlichem Willen, erkannte das Recht der Bulgaren, Serben, Griechen auf die von ihr Volksgenossen bewohnten Gebiete an; und wo man widersprach man es, um einem anderen Volke, den Albanesen, zu ihren Rechten auf staatliche Existenz zu verhelfen. Das Argument, in welchem die Großmächte unter sich und mit den Balkanstaaten um die Grenzen dieses Albaniens feilschten, war ebenfalls dem nationalen Ideenkreis entnommen; es hat sich immer um die Frage gehandelt, ob dies oder jenes Grenzgebiet von einer Mehrheit von Serben und Griechen oder von Albanesen bewohnt ist. Europa hat sich so sehr vor der Macht und dem inneren Rechte der nationalen Tendenz gebeugt, daß es gegen die Methoden mit denen während dieses Krieges in strittigen Gebieten nationale Mehrheiten durch Morden und Brennen hergestellt wurden, nur wenig zu entgegnen fand. Auf den ersten Balkankrieg folgte der zweite, der Krieg um die Beute. Er hat die allgemeinen Lehren des ersten nur bestätigt und unterstrichen. Das Schauspiel der beiden Kriege mit ihren grauenhaften Einzelheiten nationaler Haßes und elementarer Feindschaft zeigt, wie wenig vor den dunklen Mächten der Menschennatur, aus denen das Nationalgefühl quillt, die blassen Ideen eines kosmopolitischen Rationalismus besagen wollen.

Auf der anderen Seite stand die Türkei: nicht an militärischen Zufällen, sondern an moralischen Mängeln ging sie zugrunde. Vereinzelt Heldentum ist vergeblich. Es fehlte die Idee, welche aus allen Helden macht. Es fehlte die einigende Kraft. Ein sich zerfallendes Offizierskorps, eine aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzte Armee. Das religiöse Band reichte nicht mehr aus; die junge Türkei hatte es geschwächt, indem sie begonnen hatte, Christen einzustellen. Die Türken haben sich früh

besser geschlagen, wohl weil die sie einende Idee noch mächtiger war und der ihnen entgegenstehende Nationalismus noch nicht zu gleicher Wucht herangewachsen war. Die Nationalstaaten siegten über das Völkergemisch.

Auch an der inneren Zersetzung der Türkei ist das Wachstum der nationalen Bewegung nicht unbeteiligt. Der türkische Staat war ein Gewaltstaat, in dem ein nur religiös geeinter Wirrwar von Rassen und Völkerschaften durch ein hochentwickeltes despotisches Raffinement von einer nicht sehr dichten Schicht militärischer Eroberer, den Türken, beherrscht wurde. Eine durch den Einfluß westeuropäischer Ideen ermöglichte Revolution hat diesen seiner Natur nach schwer zu modernisierenden Staat zu modernisieren unternommen, aber dabei, wie die Entwicklung bewies, in den eigentlichen Elementen seines Zusammenhaltes erschüttert. Zuerst versuchten die Jungtürken unter dem Feldgeschrei Reform und der Fahne zivilisatorischer Verbrüderung die verschiedenen Völkerschaften zu einigen. Als dies mißlang, versuchten sie ein nationales Osmanentum zu konzentrieren, ein Versuch, der an der albanesischen Frage zuschanden wurde. Als die Entente libérale die Jungtürken in der Macht ablöste, versuchte man eine Dezentralisierung, zu der es zu spät war. Der Stein war ins Rollen gekommen, die nationale Tendenz einmal entstanden, die religiöse Bindung gelockert. Auch unter den Faktoren dieser Entwicklung finden wir die nationale Tendenz. Auch in der asiatischen Türkei sehen wir seit dem Sturz des alten Regimes da und dort unter dem Einfluß europäischer Anschauung eine nationale Bewegung von den Gebildeten ausgehen und langsam Fuß fassen, und hören von Jahr zu Jahr mehr von einer syrischen oder einer arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Der morsche Staat scheint ins Wanken gekommen. Da und dort nagt an seinen Resten eine seinem Wesen und seinen Lebensbedingungen fremde, nationale, Bewegung. Vielleicht wird eine spätere Entwicklung dazu führen, daß, wie jetzt in Europa, so später in Asien, alle von Osmanen nur unterworfenen, aber nicht durchweg bewohnten Gebiete abgestoßen werden, Syrien, Armenien und Mesopotamien verloren gehen und nur Kleinasien als Kern

eines dann auf nationaler Grundlage aufgebauten, freilich kaum lebensfähigen osmanischen Staates zurückbleibt. Daß auch ein osmanischer Nationalismus schon heute im Entstehen begriffen ist, das beweisen die Boykotte, welche seit 1908 gegen Österreich-Ungarn, Griechenland und Italien versucht wurden und ob einen nationalen Widerhall politischer Gründe auch nicht teilweise hätten gelingen können.

2.

Von den großen modernen Kulturstaaten gibt es heute keinen, der nicht auf die Einheit eines Volkes gestellt ist und nicht Nationalstaat ist, Österreich-Ungarn. Wenn man die moderne Zeit mit der Entdeckung der Nation und ihrer Verbindung mit dem Staatsbegriff entstehen läßt, so stünde der österreichisch-ungarische Staat in ihr als Überbleibsel des Mittelalters da. In der Tat ist sein konstruktiver Typus für die Staaten des Mittelalters insofern charakteristisch, als in ihnen ebenso wie in Österreich-Ungarn das Einigende die Dynastie und nicht die Nationale war. Heute ist er einzige Ausnahme und zeigt, wie solcher, wie neu und mächtig die Bewegung ist, welche die Nationen schuf. Die österreichisch-ungarische Monarchie umfaßt eine bunte Menge von Völkern. Deutsche, Ungarn, Tschechen, Polen, Slowenen, Kroaten, Italiener, Ruthenen, Rumänen. Diese Völker sind geeint unter dem Zepter des Hauses Habsburg. Was sie zusammenhält, ist die staatliche Organisation und eine in Jahrhunderten herangewachsene und mit zweifellosem Geschick herangebildete Anhänglichkeit an eine Dynastie. Vor dem Erwachen der nationalen Bewegung in der Welt war das bunte Gemisch ohne außergewöhnliche Schwierigkeit zu regieren. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts begannen die Schwierigkeiten. Das Haus Habsburg mußte seinen deutschen Einfluß in Preußen, seine italienischen Besitzungen an Piemont abgeben und so seinen Tribut an die nationalen Bewegungen zahlen, die in diesen Gebieten entfalteteten und im Rahmen des österreichisch-ungarischen Staates keine Erfüllung ihres Lebenswillens finden

konnten. Die Lombardei gravitierte nach Piemont; und gegen die natürliche Kraft dieser Bewegung war jede künstliche Gewalt machtlos. Die italienischen Grenzbezirke, die der österreichisch-ungarischen Dynastie verblieben, gravitieren auch heute noch nach Italien; und wenn dem Triester und Trienter Irredentismus, der zwar der inneren Politik der Monarchie immer steigende Schwierigkeiten macht, nicht die gleiche Bedeutung für die auswärtige Politik zukommt wie der ehemaligen lombardischen Frage, so liegt das nicht an der Schwäche der nationalen Bewegung, sondern auf der einen Seite an einer Reihe politischer Faktoren, welche das Königreich Italien und die Donaumonarchie einander näherten, auf der anderen Seite an dem geringen Raum der strittigen Gebiete, deren Bevölkerung überdies zum Teil mit Elementen anderer Nationalität durchsetzt ist. Von dem deutschen Besitz verblieben dem Hause Habsburg seine alten Stammlande, die durch Jahrhunderte treubewahrter Erinnerung wie kein anderer Teil der Monarchie mit dem stammverwandten Herrscherhause verbunden sind. Hier hat sich keine der österreichisch-ungarischen Politik irgendwie gefährliche zentrifugale Tendenz entwickelt; die Gründe dafür wird man in der partikularistischen Eigenart der Deutschen und in dem Umstände zu suchen haben, daß die große Mehrheit der österreichischen Deutschen katholisch, die Vormacht des Deutschen Reiches das protestantische Preußen ist. Zudem läßt das enge Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten, die nun schon beinahe vier Jahrzehnte in allen Fragen Schulter an Schulter stehen, einer solchen Bewegung keinen Raum. Wenn indes gesagt wird, daß das Bündnis beider Staaten nicht nur auf ihren Interessen, sondern auch auf dem nationalen Empfinden der Deutschen Österreichs ruht, und daß eine österreichisch-ungarische Regierung, welche ihre Politik gegen das Deutsche Reich orientieren würde, dabei den Beifall der deutschen Bevölkerung der Monarchie nicht finden würde, so ist damit die latente Wirksamkeit einer nationalen Bewegung auch in diesem Falle anerkannt.

Die wachsende nationale Tendenz hat Österreich-Ungarn aus Deutschland und Italien verdrängt. Seit jener Zeit ist die Auseinandersetzung mit der nationalen Tendenz zum eigentlichen In-

halt der österreichisch-ungarischen Politik geworden. Sie ist im schwieriger geworden und ist heute schlechtweg das Problem der Politik. Die verschiedenen Völkerschaften, die früher unter Zepher Habsburgs schlecht und recht nebeneinander wohnten, immer unverträglicher geworden; überall haben sich die Gegen verschärft, die Reibungsflächen vermehrt. Des Haders ist Ende. Auch die Formen und Mittel des Kampfes weis schärfere. Immer neue Fragen tauchen auf oder in immer ne Variationen die gleiche Frage. Und immer scheint sich nicht mehr tun zu lassen, als durch ein Kompromiß die Lösung zu tagen. In irgendeinem der Parlamente der Doppelmonarchie immer irgendeine nationale Obstruktion, bald im böhmischen Landtag der Tschechen oder Deutschen, bald im ungarischen Reichstag der Kroaten oder Rumänen, bald im österreichischen Reichsrat der Slowenen, Ruthenen, Italiener. Und seit Jahren haben die Zeitungen der Monarchie täglich Gelegenheit, sich mit irgendeinem Ausgleich zu beschäftigen.

So ist die innere Politik Österreich-Ungarns, gerade weil kein Nationalstaat ist, das eindringlichste Beispiel von der Mächtigkeit der nationalen Bewegung, die die Welt erfasst hat. Die Tatsache ist so unleugbar, daß es sich für unsere Zwecke erübrigt bei den Einzelheiten dieses Schauspiels zu verweilen. Daß die zentrale Problem der österreichisch-ungarischen Monarchie auf ihre gesamte auswärtige Politik beherrscht und in dieser Abhängigkeit der Grund für eine gewisse Unbeweglichkeit und Passivität dieser Politik zu suchen ist, dafür bietet die Entwicklung der Balkankrise des Jahres 1913 einen schlagenden Beweis. Österreich-Ungarn konnte, wenn es den Drang zu Aktivität und Expansion in sich spürte und sich selbst für ausdehnungsfähig hielt ohne Schwierigkeit eine der Gelegenheiten, die dieser Krieg ihm bot, zu benutzen, um sich des Sandschat Novibazar und damit einen wachsenden Einflusses auf die Balkanangelegenheiten, vielleicht einer zukünftigen Hypothek auf den Weg nach Saloniki zu sichern. Es hat es nicht getan, sondern sich im Jahre 1908 in der Annexion Bosniens als saturiert erklärt. Es hat niemals ernsthafte Pläne auf diesen vielbesprochenen Weg gehegt.

jenen berühmten Drang nach dem Osten nie verspürt. Es hat nach der Okkupation Bosniens die bosnischen Bahnen eingleisig und schmalspurig gebaut und schon dadurch gezeigt, daß ein Ausbau dieser Erwerbung nach Süden ihm ferne lag. Es hat sich im Jahre 1913 darauf beschränkt, die Entstehung eines Großserbiens durch die Ablehnung der serbischen Ansprüche auf ein Stück Adria-Küste zu verhindern und die Vergrößerung Serbiens durch die Schaffung eines notwendig serbenfeindlichen Albaniens auszugleichen. Auch dieses Motiv steht im Zusammenhang mit dem zentralen Problem der österreichisch-ungarischen Politik. Österreichische Zeitungen haben die Haltung der Monarchie in der Frage der serbischen Ansprüche auf die Adria-Küste damit begründet, daß die Existenz eines lebensfähigen Großserbiens für die Monarchie bedrohlich sei, weil dann die von Serben bewohnten österreichisch-ungarischen Landesteile, in erster Linie also Bosnien und die Herzegowina, ebenso nach diesem serbischen Nationalstaat gravitieren würden, wie einst die Lombardei nach Piemont gravitierte. Gegen dies politische Argument kann nichts eingewendet werden. Die Gegner der auswärtigen Politik der Donaumonarchie stellen die Frage, ob dieses Argument nicht die österreichisch-ungarische Politik hätte veranlassen müssen, auch die jetzige Vergrößerung Serbiens, namentlich die Entstehung der serbisch-montenegrinischen Grenze, zu verhindern; und erst die Zukunft, die zeigen wird, ob die Monarchie imstande ist, die Vereinigung der beiden stammverwandten und nun aneinandergrenzenden Länder in jedem Falle zu verhindern, kann eine solche Frage beantworten.

Das Anwachsen der nationalen Tendenzen und damit der zentrifugalen Kräfte in Österreich-Ungarn macht die österreichisch-ungarische Frage in vielen Augen zu einem internationalen Problem der Zukunft. Viele, die mit der Eigenart des Landes nicht vertraut sind, sagen unter dem Eindruck der nationalen Streitigkeiten einen baldigen Verfall voraus. Die Frage, was aus Österreich-Ungarn werden soll, scheint vielen wie ein Alpdruck auf der Zukunft Europas zu liegen. Die Möglichkeit, daß Verwicklungen der Zukunft, vielleicht ein unglücklicher Krieg, diesen Befürchtungen recht geben und das heute noch für die internationale

Politik latente Problem akut werden lassen, kann natürlich nicht bestritten werden. Diejenigen indes, die in dem steigenden Nationalismus einen inneren Zersetzungsprozeß sehen, der einen baldigen Verfall auch ohne äußere Schicksale herbeiführen muß, übersehen einen wesentlichen Faktor. Das dynastische Band allein hätte schwerlich ausgereicht, das Völkerchaos auch nur bis heute staatlich zu einigen. Es müssen andere Faktoren in zentripetaler Richtung wirken. Das sind einmal die Sonderinteressen wirtschaftlicher, ideeller, politischer Natur, welche eine große Menge von den verschiedensten Nationalitäten angehörigen Einzelindividuen an die Einheit des Staates fesseln. Aber nicht nur Sonderinteressen persönlicher Art sind mit dem Bestand der Monarchie verknüpft, auch die Interessen der unter ihr geeinten Völker als Völker Einzelne dieser Völkerschaften würden ohne die Monarchie nichts bedeuten, würden ohne sie als nationale Existenzen sich nicht halten können. Das ist zum Beispiel der Fall der Polen. Es ist bis zu einem gewissen Grade auch der Fall der Ungarn. Es ist der Fall der Tschechen. Für sie alle ist das Bestehen einer Großmacht Österreich-Ungarn nationale Existenzbedingung. Insofern ist die Steigerung des nationalen Lebenswillens der einzelnen Völkerschaften nicht gegen den Bestand der Monarchie gerichtet. Ja, man kann sagen, die stärkste und verlässlichste Stütze finde die Monarchie gerade in dem Lebenswillen der nationalen Völkerschaften, ja die Existenz des Gesamtstaates ermögliche den einzelnen Völkerschaften erst, sich in gegenseitigem Hader ohne das Risiko eigenen Schadens zu entfalten und zu bewahren. Auf diesem eigenartigen Verhältnis ruht die zähe Lebenskraft dieser seiner Natur nach zwar passiven Staates, und es kann leicht sein, daß heute noch ungebohrte Diplomaten diese Fähigkeit noch in einer fernen Zukunft bewundern und bestaunen werden.

3.

Der größte Russe und tiefste Repräsentant des russischen Nationalismus, F. M. Dostojewski, sagte über Rußland: „Wir Russen sind ein junges Volk, wir fangen erst an zu leben, ob

gleich wir schon tausend Jahre alt sind, aber ein großes Schiff braucht auch ein tiefes Fahrwasser.“ Es ist für den Westeuropäer nicht leicht, das Wesen des russischen Nationalismus zu begreifen und durch solches Begreifen abschätzen zu können, was dieser Nationalismus für Entwicklungsmöglichkeiten hat und welche Kräfte in dem panslawistischen Lärm verborgen sind, der von Nordosten her mißtönend an unser Ohr klingt. Es ist etwas ganz eigenes um den russischen Patriotismus. Es sind Elemente und Färbungen in ihm, für die der moderne Europäer kein Organ hat. Wir haben oben⁹⁾ eine Stelle aus den „Dämonen“ Dostojewski's über das Volk und seinen Gottesglauben wiedergegeben, die vielleicht die tiefste und eindringlichste Formulierung der nationalen Tendenz in der Weltliteratur ist. Es ist charakteristisch, daß diese Formulierung aus der Feder eines Russen stammt. Es ist zunächst in dem russischen Nationalismus der unbedingte Glaube an Rußland, das russische Volk, seine welterlösende Mission. Keine Reflexion über irgendwelche Mißstände des heutigen Rußlands kann diesen unbedingten Glauben irgendwie berühren. Das kommt daher, daß der Russe felsenfest an die Ewigkeit Rußlands glaubt. Rußland ist jung, es hat erst angefangen zu leben, es hat noch gar nicht gezeigt, was es kann; was besagen da alle Mißstände? „Rußland und die Kirche,“ sagt Friedrich Nietzsche in einem Aphorismus seiner nachgelassenen Werke, „können warten.“ Das Genie hat in diesen kurzen Worten einen tiefen, für das Verständnis Rußlands und der russischen Politik beinahe grundlegenden Satz ausgesprochen. Diese Überzeugung von der ungeheuren Zeit, die der russischen Entwicklung zur Verfügung steht, liegt dem russischen Phlegma zugrunde. Diese Überzeugung ist aufgebaut auf dem Bewußtsein des ungeheuren Raumes, den das russische Reich einnimmt. Der russische Bauer steht hinter seinem Pfluge und sieht in die unendliche Ebene, die den unendlichen Himmel trägt, und alles das ist Rußland. Es ist der Himmel des russischen Gottes, er umspannt die Welt. Und überall herrscht der Zar. In der Tat hat das russische Volk mehr als alle Völker der Gegenwart Grund, an seine Ewigkeit zu glauben. Die ungeheure Masse hat ein Schwergewicht, sie kann durch keinen

Stoß von außen erschüttert werden. Das russische Reich kann Schlachten verlieren, es können ihm Provinzen entrisen werden; was versteht das? Rußland ist so groß, daß immer noch das ganze Rußland übrigbleibt. Es hat Zeit, es kann die Provinzen wiedererobern. Alle anderen Reiche des Kontinents hat Napoleon I. bezwungen und dem Untergang nahegebracht; er ist bis Moskau vorgedrungen, aber der ungeheure Raum des heiligen Rußland hat auch ihn überwunden. In der That müssen alle anderen Völker Europas mehr oder weniger mit der Möglichkeit ihres Untergangs rechnen. Der Russe allein kann es ablehnen, eine solche Möglichkeit auch nur zu diskutieren.

Dieser russische Glaube an Rußland hat einen sehr starken religiösen Einschlag. Die weite russische Ebene, der russische Himmel, der russische Gott, der Zar — alles dies bildet eine Einheit. Der Glaube an Rußland ist der Glaube an Gott; Rußland ist die Welt, und der Gott der Rechtgläubigen ist der Gott der Welt. Auf diesen Empfindungen des russischen Bauern ruht der russische Nationalismus. In diesen Empfindungen war er natürlich immer lebendig. Aber er war als naiver, halb bewußter Glaube des Bauern politisch nie sehr aktiv — wenn es sich nicht gerade um das Kreuz auf der Hagia Sophia handelte —, weil der Glaube an die Ewigkeit Rußlands und das aus ihm stammende Phlegma auf ihm lagen.

Von der Mitte des vorigen Jahrhunderts, der Zeit des Krimkrieges, an, also um dieselbe Zeit, da die nationale Bewegung auch in den anderen Ländern erwachte, begann dieser latente Nationalismus allmählich seiner selbst bewußt zu werden. Er setzte die panslawistische Bewegung ein, welche besser die allrussische hieße. Zunächst natürlich als eine Bewegung gebildeter Stände. Als solche hat sie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts ständig an Ausdehnung und Intensität zugenommen. Sie ist auch heute noch, soweit sie bewußt ist und sich aktiv gebärdet, eine Bewegung der gebildeten Stände. Der Typus der russischen Panslawisten ist nicht oder noch nicht der russische Bauer. Aber der Panslawismus ruht auf den breiten Schultern des russischen Bauern, in dem er latent ist und durch die Ereignisse

nisse geweckt werden kann. Je mehr dieser Nationalismus aus der Sphäre der Unbewußtheit in die Sphäre des Bewußten tritt, desto aktiver wird er und desto mehr wird er jene phlegmatische Passivität verlieren, welche heute noch wie ein Schleier auf dem Handeln der breiten Schichten des russischen Volkes liegt. Dem heutigen Panславismus der Intellektuellen hängt jenes Phlegma nicht mehr an: sie sind von dem gleichen nervösen Lebenswillen ergriffen, der Europa beherrscht. Je mehr Rußland einrückt in die europäische Empfindungsweise, desto aktiver und bewußter wird der russische Nationalismus werden; er wird vielleicht manches von seiner religiösen Tiefe, aber auch viel von seinem mystischen Phlegma verlieren. Der moderne Panславismus hat die Allüren einer hysterischen Suggestion; aber es wäre falsch, ihn durch eine solche Beurteilung erschöpft zu wähen. All diese Gebärden und dieser Lärm sind nur der Schaum auf dem Ramm der Woge; die Woge geht tief und rollt langsam, stetig wachsend, heran. Wird einmal die ganze Masse des russischen Volkes sich ihres Nationalismus bewußt, dann wird die Welt die an Umfang und unverbrauchter Intensität gewaltigste Bewegung sehen. Wie bekannt, hat die deutsche Regierung ihre jüngste außerordentliche Heeresverstärkung mit dem Anwachsen des Panславismus begründet. Der deutsche Reichskanzler hat von diesem Anwachsen mit einer sonst bei leitenden Staatsmännern selten gesehenen Offenheit geredet. Er hat von den panslawistischen Schreibern geredet, aber wohl den tieferen russischen Nationalismus gemeint, und die militärischen Vorkehrungen werden nur durch eine solche tiefere Einschätzung der allrussischen Bewegung als einer Gefahr der deutschen Zukunft verständlich.

Von besonderem Interesse ist das Verhältnis des spezifisch russischen Nationalismus zu dem eigentlichen Panславismus, das heißt der slawischen Einheitsbewegung. Beide Bewegungen scheinen begrifflich zu trennen, und doch treten sie in der Wirklichkeit in enger Verkettung, ja als eine und dieselbe Bewegung auf. Der Panславismus der Russen ist von dem Panславismus der nicht-russischen Slawen zu trennen. Für den Russen ist er die Idee der russischen Führerschaft über alle Slawen. Sie alle sind

Kinder der großen Mutter Rußland, die sie zu beschirmen, aber auch zu lenken hat. Der russische Panславismus ist also nicht anderes als der russische Nationalismus, dessen Expansivität sich in ihm äußert. Er hat nichts anderes im Auge als die Ausdehnung der russischen Herrschaft auf die nichtrussischen Slawen, die Verbrüderung, von der er spricht, ist Einverleibung. Der russische Idee wird zur slawischen erweitert, aber jene soll nicht in dieser, sondern diese in jener aufgehen. Etwas anderes ist der Panславismus der nichtrussischen Slawen. Für sie ist er nicht weiter als das Recht und der Anspruch auf russische Hilfe. Die Serben sind Panславisten, weil sie ohne Anlehnung an eine Großmacht politisch nicht lebensfähig sind und gegen Österreich-Ungarn ständig die russische Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Die Bulgaren sind es, solange sie von nichtslawischen Staaten wie der Türkei oder Rumänien, bedrängt und gefährdet sind und ein Interesse daran haben, daß die russische Politik sich ihrer annimmt. Das Manifest, das König Ferdinand zu Beginn des Türkentrieges erließ, war in jedem Wort für panslawistische und orthodoxe Ohren berechnet.¹⁰⁾ Das aber ist nicht der Ausdruck panslawistischer Empfindungen der bulgarischen Nation, sondern ein in der besonderen politischen Konstellation bedingte politische Maske. Wer durch diese Verkleidungen sich nicht täuschen läßt, hat gerade in dem bulgarischen Fall seit einiger Zeit bemerken können, daß die reale Entwicklung ganz anders läuft. Bulgarien hatte nach dem ersten Krieg seinen hauptsächlichsten Gegner, die Türkei, niedergedrückt und machte Miene, den russischen Schutz entbehren zu können. Es schien von dem panslawistischen Gewalts ein Stück nach dem anderen ablegen zu wollen; in schroffem Gegensatz zu dem Panславismus schien ein rein bulgarischer Nationalismus zu entstehen, der von einer Vereinigung aller Slawen unter russischer Vorherrschaft nichts wissen will. Schon vor dem jüngsten Krieg hat die bulgarische Politik sich mehr und mehr von der russischen Bevormundung emanzipiert; während des Krieges und insbesondere bei den Friedensverhandlungen hat die Ausnutzung panslawistischer Empfindungen der russischen öffentlichen Meinung durch die Bulgaren die russische Regierung nicht

davon abgehalten, die bulgarischen Ansprüche auf die Küste des Marmarameeres zu bekämpfen. Die nach Petersburg entsandten bulgarischen Sendlinge, der Präsident der Kammer, Dr. Danew, und der ruhmgekrönte General Radko Dimitrew wurden zwar von den Panlawisten mit lärmendem Jubel empfangen, konnten bei der Regierung aber nichts von alledem durchsetzen, um dessentwillen sie die Reise unternommen haben. Schon die russische Stellung zu der Eventualität eines bulgarischen Durchbruchs der letzten türkischen Verteidigungslinien und damit eines bulgarischen Einmarsches in Konstantinopel zeigt deutlich, daß um Konstantinopel und das Kreuz auf der Hagia Sophia ein russisch-bulgarischer Gegensatz entstehen wollte, vor dessen innerer Logik der Panlawismus sich hätte beugen müssen.

Bulgarien, obgleich ein Geschöpf der russischen Politik, schien zu groß geworden; die russische Politik muß wünschen, daß die Schützlinge dem Schutze nicht entwachsen. Denn dieser Schutz ist Instrument der russischen Expansion. Darin enthüllt sich der russische Panlawismus als russischer Nationalismus, und gerade dadurch charakterisiert er das Wesen des Nationalismus überhaupt.

Als dann während des zweiten Balkankrieges Slawen gegen Slawen standen, gab es für die russische Politik auch keine panlawistische Verkleidung mehr — und unter dem Eindruck der Ereignisse mußten die panlawistischen Redner auf einige Zeit verstummen.

Das Verhältnis Rußlands zu den slawischen Balkanstaaten ist höchst lehrreich für eine theoretisch ungemein verwickelte Frage von höchst praktischer Bedeutung: für die Frage nach den Entstehungsbedingungen der Nationen, der Gesetzmäßigkeit ihrer Spaltung und Vereinigung. Wir gingen von den Nationen als Organismen aus und behandelten sie als feste Gegebenheit; die Reflexion über praktische Probleme aber stellt uns da und dort die Frage, ob hier eine neue Nation entstehen, dort eine schon bestehende mit einer anderen wird verschmolzen werden können. Die Einschätzung dieser Möglichkeiten ist für die praktische politische Berechnung von dem größten Gewicht. Sie ist zum Bei-

spiel für die Beurteilung der heutigen britischen Kolonialpolitik und der Möglichkeiten des zukünftigen Großbritannien von ausschlaggebender Bedeutung. Wir erwähnen an dieser Stelle die schwierige Problem, um es als Problem zu bezeichnen, könne uns aber in diesem Rahmen nicht eingehender mit ihm befassen.

Diese Eigenart des russischen Nationalismus, im Verein mit den raumpolitischen Faktoren des russischen Reiches bedingen den Charakter seines Expansionsdranges. Das russische Reich umfaßt die größere Hälfte Europas wie die größere Hälfte Asiens. Land also hat es genug. Aber dem asiatischen wie dem europäischen Rußland fehlt eines: der freie Zugang zu dem Süden und seinen eisfreien Meeren. Dorthin weist die Sehnsucht. Es ist, als setze die ungeheure Masse sich langsam in Bewegung. Im Westen Konstantinopel, in Mittelasien der Persische Golf, im Osten die eisfreien Häfen Chinas. Im Osten ist es durch den Krieg mit Japan zurückgeworfen worden, im Westen ist es bisher nicht vorwärts gekommen. In Mittelasien hat es die Hand auf Nordpersien gelegt. In der Mongolei ist es in jüngster Zeit um ein großes Stück vorgerückt. Es ist etwas in dieser Bewegung wie ein Geseß der großen Masse, die durch ihr eigenes Schwerkraft wächst, weil ihr von allen Seiten etwas zuwachsen muß. Aber es liegt auf dieser Bewegung das ganze russische Phlegma, die enorme verfügbare Zeit. Es handelt sich bei dieser Expansion nirgends um vitale Lebensfragen, die heute gelöst sein müssen, weil es morgen zu spät ist. Es gibt überhaupt noch kein Zuspät für dies Reich. Die eigentlichen vitalen Fragen liegen im Inneren. Deren Schwierigkeit lastet seit der Koinzidenz des Japanischen Krieges mit der russischen Revolution fühlbar auf der Expansivität der russischen Politik.

Es ist oft bemerkt worden, daß die bemerkenswerten kolonialisatorischen Erfolge, die Rußland in seinem asiatischen Expansionsgebiet errungen hat, auf einer Verwandtschaft des russischen und des asiatischen Wesens beruhe. Diese Ansicht mag etwas Richtiges enthalten, das Wesentliche trifft sie nicht. Die Erfolge der russischen Kolonisation bestehen darin, daß die neu erworbenen Gebiete in Asien sich ohne Schwierigkeit unter die russische Herrschaft fügen

Den wichtigsten Grund dafür wird man darin zu finden haben, daß der russische Kolonisateur im allgemeinen alles beim alten läßt, also keine aktive Kolonisationsarbeit verrichtet. Die Art der russischen Kolonisation ist hierin der englischen direkt entgegengesetzt, die höchst aktiv überall schnelle und erstaunliche Umwälzungen zuwege gebracht hat. Auch auf der Art der russischen Kolonisation lastet eben jenes Phlegma und jene Geduld, die das russische Wesen kennzeichnen.

4.

Nachdem in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts nach anderthalb Jahrtausenden innerer Zerrissenheit Italien seine nationale Einheit erlangte, konnte die nationalistische Bewegung zunächst als gesättigt gelten. Ihr Ziel, die Einheit des Nationalstaates, war erreicht. In dem Lande selbst sah es schlimm aus. Hier konnten alle Hände sich rührig betätigen; die ungeheuren Aufgaben, die da zu lösen waren, schienen einem nach außen gewandten Nationalismus weder Kraft noch Zeit übrig lassen zu sollen. Es soll nicht geleugnet werden, daß das moderne Italien viel getan und vorwärts gebracht hat, daß sein wirtschaftlicher Aufschwung und seine finanzielle Konsolidierung staunenswerte Leistungen sind: und doch, im Süden veröden ganze Provinzen, auf deren fruchtbarem Boden ein regesames Geschlecht sich nähren und ausbreiten könnte; und eine ungeheure Abwanderung des besten Arbeitermaterials hat in den wirtschaftlichen Zuständen und den Agrarverhältnissen Süditaliens ihren Grund. Trotz aller Probleme, die auf der inneren Entwicklung des Landes lasten, und aller Aufgaben, die zu lösen bleiben, hat der italienische Nationalismus sich in steigendem Maße nach außen gewandt. Er war alles eher als gesättigt; er ist in den vier Jahrzehnten seit der Einigung Italiens ständig gewachsen. Wir stehen auch hier vor einer elementaren Bewegung. Italien mußte auf seine tunesischen Aspirationen verzichten; es erlitt in dem abessinischen Krieg eine empfindliche Schlappe; die Mißerfolge, welche durch Jahrzehnte schwer auf dem nationalen Empfinden lasteten, konnten

den Lebensdrang des Volkes nicht bannen. Der Druck wich der Nation, als sie mit Leidenschaft an das tripolitanische Unternehmen ging und es zu einem guten Ende führte. Es ist he klar, daß es nicht die Überlegung der Regierung, sondern Expansionsdrang des Volkes war, der diesen Krieg erzwa Man hat bei dem Beginn dieses Krieges in den Kreisen europäischen Zuschauer sich da und dort gefragt, ob dieser K notwendig und vernünftig war, ob Italien nicht besser daran t für seine süditalienischen Provinzen, deren Wert den Tripolitani um ein Vielfaches übersteigt, nur die Hälfte der Summe aus geben, die dieser Krieg gekostet hat; die nationale Leidenschaft eine solche Fragestellung der Zuschauer abgelehnt; und die I daß Tripolis, wenn Italien nicht zugriffe, in die Tasche ei anderen fallen könnte, genügte, um jeden Italiener von der N wendigkeit eines solchen Krieges zu überzeugen. Europa staunend zu und billigte den Erfolg. Wer die italienische Pu zistik dieser Zeit verfolgt hat, steht vor dem Eindruck einer ponierenden Kraft und Einmütigkeit des Empfindens; ja vor d Eindruck der Realität eines viel weitergehenden, grenzenlosen Traum Der Mann aus dem Volke begründete Italiens Ansprüche Tripolis mit dem Erbe des Imperium Romanum, dem Tripi einst zugehörte; und da und dort zeigte sich ein Panitalianism mit dem Anspruch auf die Beherrschung des Mittelmeers.

Es liegt in der Natur des Nationalismus, seine Ziele im weiter zu stecken und nirgends haltzumachen. Er ist dem g riff nach unersättlich. Die nationale Einheit genügt ihm ni Er will sie ohne Unterlaß ausdehnen und erweitern.

Die italienische Entwicklung ist ein Zeugnis für eine Eigen des modernen Nationalismus, der wir auch in anderen Länd begegnen: er ist extensiv. Es scheint ihm weniger auf die T tiefung, auf eine wachsende Intensität der Kultur, als auf Exp sion anzukommen. Es scheint dazu zu neigen, die eine Dimen der Entfaltung, die intensive, um der anderen, der extensiven, wi zu vernachlässigen. Erinnern wir uns an das Gleichnis Baumes, so könnten wir sagen, der Baum strebe mehr dan seine Äste auszudehnen, als seine Wurzeln tief in die Erde

treiben. An Intensität hat die italienische Natur wenig gewonnen.

In der wirtschaftlichen Entwicklung des modernen Italiens spielt der Typus des Rückwanderers eine große Rolle. Der arme Italiener wandert aus und sucht in Jahrzehnten harter Arbeit und genügsamen Lebens in Nordamerika oder Argentinien ein kleines Vermögen zu erwerben. Er kommt zurück und kauft sich irgendwo in seiner ärmeren und daher billigeren Heimat ein Stückchen Land, das ihn und seine Kinder nährt. Es sind nicht Ausnahmen, sondern die Majorität der italienischen Auswanderer, die so handeln. Dieser Gewohnheit verdankt der wirtschaftliche Aufschwung und die Regeneration des modernen Italiens unendlich viel. Sie hat ihre Wurzel in einer unausrottbaren, jedem Italiener eingeborenen Liebe zur Heimat. So wird mit der Zeit auch im Süden der nationale Lebenswille des Volkes die Wunden heilen, welche die Sünden der Vergangenheit dem wirtschaftlichen Leben geschlagen haben.

5.

Italien wächst, kann seine Kinder nicht nähren und verlangt für die wachsende Bevölkerung wachsenden Raum. Hier könnte es noch scheinen, als sei die Vermehrung der Bevölkerung der treibende Faktor der nationalen Expansion. Gewiß spielt die Bevölkerungsvermehrung eine ungeheure Rolle für den nationalen Drang, aber sie kann unter keinen Umständen als seine Ursache angesprochen werden. Das moderne Frankreich ist in der entgegengesetzten Lage. Es sieht nun schon seit mehreren Jahrzehnten mit schmerzlichen Empfindungen die Fruchtbarkeitsziffer sinken und muß konstatieren, daß, wenn es nicht ärztlicher Kunst gelänge, die durchschnittliche Lebensdauer zu erhöhen, die Zahl der Franzosen nicht nur die gleiche bliebe, sondern zurückginge. In diesem Umstand konstatiert das moderne Frankreich eine Grundtatsache seiner Entwicklung, ein Schicksal seiner Zukunft. Man hat vielfach über die Ursachen dieser Entwicklung debattiert und mannigfache Mittel der Abhilfe vorgeschlagen, aber bei keinem an eine

durchgreifende Wirksamkeit zu glauben vermocht. Man steht einer elementaren Tatsache. Hat aber darum der nation Lebenswille an Intensität und Leidenschaft verloren?

Der fremde, aber objektive Beurteiler, der die Lage modernen Frankreich im ganzen zu überschauen sich bemüht, dem Ringen der Gegenwart noch alle die Kräfte am Werke sieht die eine große Vergangenheit geschaffen haben und heute um eine Zukunft sich mühen, die sie nicht mehr schaffen können wird weder von Erschütterung noch von Bewunderung frei bleiben können. Frankreich hat einst den Kontinent geleitet; es hat Italien und Deutschland regiert, über das politische Schicksal Europa befunden und den Anspruch erheben können, daß seine Kultur Kultur der Welt sei. Es hat seinen Willen zur Weltbeherrschaft nie ganz durchsetzen können, und nach vielen Fehlschlägen immer von neuem angesetzt und die größten Ansprüche an sich gestellt. Es hat eine unvergleichliche Elastizität bewiesen. Es hat unter Richelieu durch politische Kunst Deutschlands Selbsterfleischung begünstigt und den einst überlegenen Nachbar mühe beherrscht, hat unter Ludwig XIV. um seiner Machtansprüche die Nachbarländer willen bis zur wirtschaftlichen und militärischen Erschöpfung blutige Kriege geführt und schließlich doch die Fähigkeit den größten Teil dieser Ansprüche durchgesetzt; hat Hand auf die Neue Welt gelegt und hätte sie zu halten vermocht wenn nicht unerfüllter Machtdurst es gleichzeitig in deutsche Kriege verwickelt hätte. Den Zusammenbruch seiner nordamerikanischen Ansprüche (die Eroberung von Quebec durch die Engländer im September 1759) hat seine Teilnahme am Siebenjährigen Krieg verschuldet. In Deutschland haben wir Kanada erobert sagte der ältere Pitt. Ohne die Unerfüllbarkeit der von Versailles, aber nicht von kühl und vorsichtig wägender Berni geleiteten französischen Machtpolitik hätte die Neue Welt ein anderes Ansehen. Frankreich verlor damals und in den Napoleonischen Kriegen sein Kolonialreich und hat sich doch heute auf anderem Boden ein neues geschaffen.

Es schien sich in der Revolution in inneren Kämpfen zu bluten zu wollen, schien geschwächt, verarmt und verwüstet.

elementarer Zerfetzungsprozeß war in vollster Entwicklung. Da begingen die Fürsten Europas, welche ihre Legitimität bedroht sahen, die Torheit, in die innere Entwicklung eingreifen zu wollen. Das erschöpfte Land erhob sich und vollbrachte von dem ersten Koalitionskrieg bis zur Schlacht von Waterloo eine der erstaunlichsten Leistungen vitaler Energie, welche die Geschichte kennt. Es errang noch einmal die Herrschaft über Europa; und abermals hätte es diese Herrschaft aller Wahrscheinlichkeit nach eine geraume Zeit zu halten vermocht, wenn an Stelle jener unerfättlichen Machtgier, welche sich in Napoleon verkörpert, der kühle und klügere Machtwille Talleyrands geleitet hätte. Talleyrand hatte nach dem dritten Koalitionskrieg Napoleon einen Plan europäischer Machtverteilung vorgelegt, die sich mit den friedlichen Mitteln der Richelieuschen Politik vielleicht hätte halten lassen und Frankreich den dauernden Besitz aller Eroberungen und die Hegemonie über Europa gesichert hätte. Wenn Napoleon nicht hörte, so war es wohl nicht nur das Temperament seines Charakters, sondern auch die Einsicht, daß seine Herrschaft in Frankreich selbst ohne fortwährende, der nationalen Leidenschaft zu bereitende Opferfeste sich nicht würde halten können.

Gerade die Geschichte der Französischen Revolution beweist, wie leicht der nationale Lebensdrang sich in ein kosmopolitisches Kleid zu werfen vermag und wie wenig gegenüber dem inneren Wesen, das in allem Wichtigen immer wieder durchbricht, eine solche Verkleidung besagt. Die Ideen, welche die Französische Revolution heraufführten und trugen, sind rein kosmopolitisch. Es ist nicht einzusehen, warum die souveräne Gültigkeit der Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an den Landesgrenzen haltmachen sollte. Auf dem Boden der Rousseauschen Theorie vom Staate ist für den Begriff der Nation kein Platz. Und doch hat in den Debatten der Nationalversammlung und des Konvents, in den Klubs der Jakobiner und Girondisten kein anderer Begriff eine so lebendige Bedeutung gehabt als die Nation, kein anderes Wort eine solche Zauberkraft bewiesen als „La France“. Aus dem tieferen Wesen heraus drang eine elementare Naturgewalt durch alle Begriffsgebäude ans Licht. Die Idee

der Republik, die Grundsätze von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wurden unter ihrem Einfluß zu Instrumenten der französischen Weltherrschaft. Frankreich befreite ringsum die kleinen Nachbarvölker und umgab sich zunächst mit einem System von Republiken, welche später dann zu Satrapien der napoleonischen Dynastie wurden. In der einen wie in der anderen Rolle war sie nichts anderes als ein integrierender Bestandteil der französischen Weltherrschaft. Die theoretische Konsequenz ihrer Grundsätze hätte die Männer des Konvents zum Freihandel verführen müssen; in praxi betrieben sie im Gegensatz zu den letzten Jahrzehnten des ancien régime eine stark nationale Schutzollpolitik.

Von all den äußeren und inneren Kämpfen erholte sich das Land überraschend schnell. Es hatte sein Kolonialreich verloren und legte im Juli 1830 mit der Eroberung von Algier den Grundstock eines neuen. Wir sehen es unter Napoleon III. noch einmal nach der europäischen Hegemonie greifen, in die italienische und deutschen Handel mit dem Anspruch verwickelt, beide Länder mit den Mitteln der Politik zu beherrschen. Als dann Napoleon I. von Bismarck zuerst diplomatisch überwunden, Frankreich sodann durch das aufstrebende Deutschland militärisch vollständig niedergeworfen wurde und zwei seiner besten Provinzen verlor, bewies es, den meisten unerwartet, abermals die gleiche Vitalität. (Es ist in den letzten Jahrzehnten in Deutschland mehrmals gesag worden, man habe bei der Festsetzung der Kriegsentschädigung die Leistungsfähigkeit Frankreichs unterschätzt und den Fehler begangen, statt 20 Milliarden Franken nur fünf zu fordern. In der That hat Frankreich erstaunlich schnell die für damalige Verhältnisse enorme Summe aufzubringen vermocht. Es läßt sich wohl keine größere Anerkennung der Lebenskraft des französischen Volkes denken als die indirekte, die Bismarck durch seine Politik dem besiegten Lande gegenüber bezeugt hat. Der große Kanzler hielt es für nötig, um die Gedanken Frankreichs von Elsaß Lothringen abzulenken, die expansive Kolonialpolitik der dritten Republik nach Kräften zu unterstützen und Frankreich in eine großen afrikanischen Kolonialreich Beschäftigung und Entschädigung zu verschaffen. Die Richtigkeit dieser Bismarckschen Politik

wird vom Standpunkt der neudeutschen Weltpolitik und der heutigen deutschen kolonialen Interessen vielfach bezweifelt. Bismarck, so sagt man, sei noch ganz in der rein europäischen Politik befangen gewesen, habe noch keinen Sinn für die Notwendigkeit einer kolonialen Weltpolitik besessen. Wie dem auch sei — setzen wir, da er doch später selbst Kolonialpolitik betrieben hat, den Fall, er hätte diesen ihm abgesprochenen Sinn besessen; er hätte wahrscheinlich Frankreich gegenüber nicht anders gehandelt. Er wollte das neue Deutsche Reich zunächst konsolidieren und schätzte die französische Gefahr hoch genug ein, um ihre Willen zuzugeben, daß mehr als ein Drittel von Afrika wirtschaftlich und politisch für deutsche Interessen gesperrt würde. Hätte er die Großmacht Frankreich für vernichtet gehalten, so hätte er wohl, auch bei gänzlicher Geringschätzung der Kolonialpolitik, anders gehandelt.

Nur im Zusammenhang mit diesen geschichtlichen und nationalen Erinnerungen kann das politische Problem des modernen Frankreich formuliert und verstanden werden. Seit jener Zeit hat sich innerhalb und außerhalb der französischen Grenzen manches geändert. Die innere Politik scheint von dem Geist des Affarismus beherrscht, ein Schauspiel, in dem persönlicher Ehrgeiz, Eitelkeit und materielles Interesse die Hauptrolle spielen; Idealismus, Begeisterung und die großen Gesten der Vergangenheit scheinen nur mehr in den Worten lebendig, deren sich die Geschäftspolitiker bedienen, und nicht viel mehr als eine prunkvolle rhetorische Verkleidung zu sein. Die ehemals führende Industrie ist aus Mangel an Regsamkeit und Wagemut hinter denen anderer Länder weit zurückgeblieben, und an die Stelle schöpferischer Unternehmungslust ist vorsichtige Sparsamkeit getreten. Die französische Albart des homo oeconomicus trägt die Züge des ängstlichen Rentners.

Wäre all dies nicht für die Oberfläche, sondern für die Tiefe des französischen Wesens wahr, wäre durch eine solche Charakterisierung die Eigenart des modernen Franzosen erschöpft, so wären die Quellen, aus denen die vergangenen Leistungen der Nation flossen, versiegt; wir stünden nicht nur vor einem Rück-

gang der nationalen Lebensfähigkeit, sondern auch vor einer Erschlaffung des nationalen Lebenswillens. So leicht und oberflächlich kann das Wesen der Völker nicht charakterisiert werden. Das Lot ist tiefer zu senken. Die Oberfläche des politischen Lebens beweist weniger, als man gemeinhin annimmt. Auch die psychologische Beurteilung des Einzelnen kann aus der Schilderung des äußeren Lebens nicht die Frage beantworten, wozu dieser oder jener Mensch unter diesen oder jenen Umständen noch fähig ist. Und Völker sind noch unergründlicher als Menschen.

Die innere Zerrissenheit und Korruption war in dem Frankreich früherer Jahrhunderte schon zu wiederholten Malen ärger als heute; und doch hat das Volk in den gleichen Zeiten so immer wieder zu so erstaunlichen Leistungen aufgerafft. Auch dem Preußen von 1807 sah es schlimm aus; und doch brach 1813 das Volk los. Oft wähnt man Kräfte versiegt, die in der Tiefe schlummern und nur der Gelegenheit, der Idee, des Führers harren, der sie ruft.

Es gibt nun einen Beweis für ein wirkliches inneres Versiegen der Lebenskraft: das ist der Rückgang der Geburten, das unerbittliche jährliche Memento der Statistik. Dies Memento für den Franzosen um so ernster und bitterer, als der Ausfall der Zahl sich für die militärische Macht einem Gegner gegenüber an Qualität der Soldaten und Kanonen konkurrieren kann durch nichts wettmachen läßt. 1870 waren die Bevölkerung Frankreichs und des Deutschen Reiches gleich. Heute erreicht Frankreich die Einwohnerzahl Preußens, das heute ebensoviel Menschen zählt als das Deutschland von 1870. Bei einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von 850 000 wird das Deutsche Reich um 1925—30 doppelt soviel Einwohner haben als Frankreich. Vor der Logik solcher Zahlen kann niemand ausweichen.

Was nun aber den Geist des modernen Frankreich charakterisiert, das ist die Energie, mit welcher die Nation das Todesurteil ablehnt, das aus diesen Ziffern zu lesen ist. Der Kampf gegen diese Ziffern, der sich gegen ihr Memento aufbäumt: Lebenswille der Nation: das ist für die Charakteristik des modernen Frankreich wichtiger als Korruption, innere Zerrissenheit.

und Affarismus. Hier werden die lebendigen Kräfte der Tiefe sichtbar. Das Urteil des durchschnittlichen Reichsdeutschen über das moderne Frankreich greift gerade in diesem Punkte fehl. Dieses Urteil setzt sich etwa aus folgenden Momenten zusammen: erstens aus dem Eindruck der Ziffern und dem vertrauensvollen Bewußtsein unaufhaltsam wachsender numerischer Überlegenheit, wobei ein Teil berechtigt, ein Teil die für das moderne Deutschland charakteristische Anbetung der Quantität ist. Zweitens aus der Überschätzung der Bedeutsamkeit innerer Mißstände für die Lebenskraft und Leistungsfähigkeit eines Volkes, wobei nicht berücksichtigt wird, daß eine Art der Korruption, welche in germanischen Ländern das Ende jeden Gemeingeistes bedeuten würde, von romanischen Ländern ruhig getragen wird und zu allen Zeiten dort heimisch war; drittens aus der Wertung der französischen Rhetorik als äußerlicher und verlogener Phrasenhaftigkeit und die Umdeutung des Enthusiasmus in Eitelkeit, wobei übersehen wird, daß nur für die germanische, nicht aber für die romanische Mentalität die rhetorische Form ein Einwand gegen die innere Wahrhaftigkeit ist. Wenn wir der Verführung dieser Momente ausweichen, so haben wir den Blick frei auf das Schauspiel eines im ganzen doch heroischen Kampfes, welchen der ungebrochene Lebenswille einer großen Nation gegen die sinkende Lebensfähigkeit führt.

Die vierzig Jahre der dritten Republik sind trotz der Niederlage von 1870, der Einbuße an Prestige, die sie zur Folge hatte, trotz der schweren Wunden, die der Krieg schlug, keine Zeit des äußeren Niedergangs und Verfalls geworden. Frankreich besitzt heute das zweitgrößte Kolonialreich der Welt. Seine politischen Aspirationen sind nicht geringer: es betreibt immer noch eine Weltpolitik größten Stils. Seine politische Regsamkeit ist ungebrochen; wir begegnen in allen Fragen der Weltpolitik seinen Ansprüchen und Einflüssen. Es hat sich weder im fernen noch im nahen Osten desinteressiert, hat seine syrischen Pläne nicht vergessen, nicht aufgehört, von einer führenden Rolle im Mittelmeer zu träumen, scheint auch heute kolonial noch kaum saturiert, obwohl es doch bei sinkender Bevölkerungsziffer der Kolonien

kaum bedarf. Es hat immer noch den gleichen Ehrgeiz diplomatischer Führung: und wenn auch das Verhältniß seiner realen Macht zu der der anderen Großmächte zu solcher Führung nicht mehr zureicht, so ist doch der Drang der Nation zu politischer Geltung so stark, daß die Staatsmänner der Republik, um sie zu behaupten, darauf angewiesen sind, mit dem Schein einer solchen Führung dem Ehrgeiz der Nation Genüge zu tun. Diese Notwendigkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten als ein wesentliches Charakteristikum der französischen Politik erwiesen und hat dort und dort in der Geschichte der diplomatischen Verhandlungen eine wesentliche Rolle gespielt. Der nationale Geltungsdrang hat sich mit einer erstaunlichen Biegsamkeit den veränderten Entfaltungsmöglichkeiten angepaßt. Die Weltstellung, um die Frankreich einst mit den Mitteln des Krieges und der Gewalt gerungen hat, sucht es heute durch die in den Dienst der nationalen Politik gestellte Macht des Kapitals zu erkämpfen. Auf ihr mehr als auf einer Wertung als zweitstärkster Militärmacht Europas beruht der größte Teil seines bedeutenden Einflusses in der Türkei, den Balkanländern und in Rußland. Wir stehen hier nicht etwa vor der blinden, mechanischen Wirkung eines nun einmal vorhandenen und nach Verzinsung schreienden Kapitalüberflusses, sondern vor der erstaunlichen Geschlossenheit eines nationalen Geltungswillens, der die politische Verwertung dieses nach Zinsen schreienden Kapitals erzwingt. Dazu ist namentlich in dem letzten Jahrzehnt eine andere, in Deutschland wenig beachtete Art weltpolitische Expansion getreten: die kulturelle. Frankreich hat in seiner großen Zeit die kulturelle Führung der Welt befehlt. Der halben Welt galt französisches Wesen als Muster. Durch das Aufkommen Deutschlands und die Ausdehnung der englischen Herrschaft auf ein Viertel der bewohnten Welt wurde die kulturelle Vormachtstellung Frankreichs bedeutend eingeschränkt, wenn auch in vielen Gebieten nicht gebrochen.

Das moderne Frankreich gibt sich mit dieser Entwicklung nicht zufrieden, sondern betreibt eine planmäßig organisierte kulturelle Expansion größten Stils, der kein anderer Staat etwas Ähnliches an die Seite stellen kann. Alle Zweige der Kultur sind in de

Dienst dieser Expansion gestellt. Führende Gelehrten und Literaten werden von den Organisationen, denen diese Expansion obliegt, zu Vorträgen in diejenigen Länder gesandt, auf deren Bearbeitung besonderes Gewicht gelegt wird. Das sind die kleinen europäischen Länder, Holland, Belgien, die Schweiz, die skandinavischen Staaten und Südamerika. Die Erfolge dieser Propaganda sind bedeutende. Sie wird ständig erweitert. Sie steht durchaus im Dienste der Politik. Ansehen und Geltung Frankreichs sind ihr Ziel. Sie stellt eine moderne Erweiterung der politischen Kampfmittel dar, welche ebenso von der Regsamkeit des französischen Geistes als von seiner Vitalität zeugt.

Das eindringlichste aller Zeugnisse aber ist die Tatsache und die Art des Fortbestehens der elsass-lothringischen Frage. Diese Frage ist formell erledigt. Frankreich hat im Frankfurter Frieden endgültig auf die beiden Provinzen verzichtet. Trotzdem beherrscht diese tote Frage, die wohl seit dem Frankfurter Frieden niemals mehr Gegenstand irgendwelcher Besprechungen oder Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Staatsmännern war, indirekt das zentrale Problem der französischen Politik, die Beziehungen zu Deutschland und durch diese die gesamte französische Politik. Frankreich hat bisher nicht vergessen und wird, solange es lebt, nicht vergessen. Sein Verstand wird vielleicht die Idee eines Krieges, mit der seine Phantasie immer spielen wird, immer ablehnen, weil das Risiko zu groß ist, oder weil die leitenden Männer der Republik, welche über Krieg und Frieden zu entscheiden haben, damit rechnen müssen, daß ein verlorener wie ein gewonnener Krieg die republikanische Staatsform gleichermaßen gefährdet. Man wird also vielleicht niemals handeln, vielleicht auch in Zeiten der Gefahr öffentlich von der elsass-lothringischen Frage nicht einmal reden und doch immer daran denken und aus ihr halb bewußt, halb unbewußt den Angelpunkt der ganzen Politik machen. Vom Standpunkt der politischen Vernunft und kühler Abwägung gegebener Möglichkeit vielleicht ein widersinniger und unfruchtbarer Standpunkt: es ist der unbezähmbare Lebenswille, der der Vernunft verbietet, aus der gegebenen Situation richtige, aber schmerzliche Folgerungen zu ziehen. Es

ist möglich, daß ein Zusammenarbeiten mit Deutschland für die Gesamtinteressen der französischen Auslandspolitik nützlicher wäre als die jetzt betriebene Politik, bei der der Gegensatz zu dem deutschen Nachbar die Republik in eine den französischen Interessen in vielen Punkten schädliche Abhängigkeit von der russischen Politik bringt, welche diese mit Geschick auszunutzen versteht. Diese Abhängigkeit von Rußland hat sich in dem letzten Jahrzehnt immer stärker akzentuiert. Frankreich hat sich in steigendem Maße in allen Rußland interessierenden Fragen vor jeder Wahrnehmung solcher französischer Interessen, die den russischen zu widerlaufen, gehütet. Das trat besonders bei der Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen im nahen und im fernen Osten, doch bei seinen Interessen als Gläubiger der Türkei, hier bei seiner Haltung in der Frage der Anleihe der Sechsmächte an China zutage. Seine Politik ist durch die elsass-lothringische Frage gebannt. Sie ist dank dem unvergleichlichen Machtwillen der Nation die Frage schlechtweg.

Die nationalistische Literatur des modernen Frankreich bezeichnet den heutigen Zustand Europas als Hegemonie Deutschlands. Hinter diesem die tatsächliche Lage schwerlich richtig wiedergebenden Ausdruck versteckt sich das Bedauern über die verlorengegangene Hegemonie Frankreichs, die aus alter Erinnerung jedem Franzosen unbewußt als der natürliche und gerechte Zustand gilt.

In Summa: Auch in Frankreich, trotz dem Rückgang der Geburtenziffer und sinkender realer Macht, hat der Nationalismus nicht abgenommen. Wenn es um die Jahrhundertwende unter dem Einfluß einer materialistischen Welle, die über alle Länder hinwegging, so schien, so hat seit jener Zeit der Nationalismus an Heftigkeit der Äußerungen und Nachhaltigkeit der Empfindungen wieder zugenommen; die junge Generation ist ihm verfallen, die Ideenrichtung, die den Materialismus des Genusses abgelöst hat und deren bedeutendster Ausdruck die Philosophie Henri Bergson ist, wird von ihm getragen und nährt ihn durch den philosophischen Ausdruck, den sie ihm leiht. Das Land hat, entgegen deutschen Zweifeln, das schwere Opfer der dreijährigen Dienstzeit auf sich genommen, ohne daß außergewöhnliche Widerstände sich

gezeigt hätten. Aus der Erörterung, die diesem Beschluß voranging, geht deutlich hervor, mit welcher Energie das Land sich gegen die Konsequenz der zahlenmäßigen Entwicklung, gegen die Notwendigkeit des Eingeständnisses der eigenen Schwäche zur Wehr setzt, und wenn irgend etwas, so zeigt dieses Streben von der Unererschöpflichkeit des Willens zum Leben, der diese Nation beherrscht.

6.

Das für die Politik wichtigste Ergebnis der letzten zwei Jahrhunderte und die erste Tatsache der weltpolitischen Konstellation der Gegenwart ist die Weltherrschaft Englands. Wie sie im einzelnen entstand, kann uns hier nicht berühren. Wir haben nach der Eigenart und Intensität des politischen Willens zu fragen, der sie heute trägt. In ihm aber wirkt die Vergangenheit fort, deren Erbe er ist.

Das englische Weltreich, das ausgedehnteste, das die Geschichte kennt, das einzige, welches je den Erdkreis umspannt und in allen Erdteilen Fuß gefaßt hat, ist in den letzten drei Jahrhunderten bald langsamer, bald schneller herangewachsen; es hat im großen ganzen nur Einen wesentlichen Rückschlag erlebt, den Abfall jener Siedelungen, aus denen die heutigen Vereinigten Staaten entstanden sind, aber auch diesen schnell eingeholt: seine Entwicklung zeugt von einer wunderbaren Folgerichtigkeit und Zielsicherheit. Die Faktoren seiner Entstehung sind auch heute noch die Faktoren seiner Erhaltung und als solche die Grundlage der vergangenen und gegenwärtigen, wohl auch jeder zukünftigen englischen Politik. Diese Faktoren sind einfach: es sind die Beherrschung der Meere, und jener Zustand des kontinentalen Europas, welche wir als kontinentales Gleichgewicht zu bezeichnen pflegen. Diese beiden Faktoren geben der englischen Politik einen einfachen und einheitlichen Charakter, den sie im Laufe der Jahrhunderte unter äußerlich wechselnden Bedingungen immer bewahrt hat und dessen Grundsätze unbewußt, aber desto unerschütterlicher das politische Denken jedes Engländer's bestimmen. England hat nacheinander alle see-

gewaltigen Völker bekämpft und besiegt, alle Flotten, deren es irgendwie im Krieg und im Frieden habhaft werden konnte, zerstört und, soweit es konnte, die Entstehung neuer zu hindern gesucht. Es hat im sechzehnten Jahrhundert die Armada Philipps II im siebzehnten die Flotte der Holländer vernichtet, in den Napoleonischen Kriegen nacheinander 1793 eine französische bei Toulon 1797 bei St. Vincent eine spanische, im gleichen Jahre bei Camperdown eine holländische, 1798 bei Abukir eine französische, bei Neapel eine neapolitanische, 1799 den Rest der holländischen, 1801 eine dänische, 1805 bei Trafalgar die französisch-spanische, 1806 durch den Überfall Kopenhagens die dänische zerstört. Es hat während der gleichen Kriege alle nicht englischen Arsenale, Werften, Häfen und Schleusen, die gefährlich werden oder zur Entstehung neuer Flotten dienen konnten, vernichtet. Nach englischen Angaben erbeuteten die Engländer während der Napoleonischen Krieg 260 große und 980 kleine Kriegsschiffe und brachten in den Jahre 1801 bis 1812 jährlich zwischen 2500 und 4000 Handelsschiffe ein, welche als tauglich in die englische Flotte eingestellt wurden. Sie taten dies in der Defensive gegen Napoleon I.; aber diese Defensive verschaffte ihnen die unbedingte Herrschaft zur See, das Welthandelsmonopol und ein ungeheures Weltreich. Wie die Gegnerschaft Frankreichs gegen Friedrich den Großen den Engländer das bis dahin französische Kanada auslieferte, so überlieferte die Zerrissenheit des kontinentalen Europas zu den Zeiten Napoleons den Engländern die französischen, holländischen und spanischen Kolonien. Bei all diesen Kämpfen waren die Engländer die einzigen Gewinner. Am 25. März 1807 sagte Dundas im Unterhause: „Nächst der Zerstörung der feindlichen Seemacht war es die beste Politik, die wir befolgen konnten, daß wir uns ihre Siedelungen bemächtigten.“ Fox entgegnete: „War denn die Wegnahme von Inseln der Zweck des Krieges? Unser Zweck war Europa vor Frankreich zu beschützen!“ Das Land war für die Regierung. Schwerlich hätte die Opposition, wenn sie an der Macht gewesen wäre, anders gehandelt. Bereits im Jahre 1793 fiel das Drittel von Indien, das damals französisch war, in die Hände Englands, im gleichen Jahre die französischen Niederlassungen in

Westindien, 1796 das Kapland und die holländischen Besitzungen in Indien, dann das spanische Trinidad und so weiter.

Was indes das englische Weltreich geschaffen hat, das waren nicht etwa in erster Linie all diese Thaten der Gewalt, nicht die militärischen Siege. Freilich, ohne die siegreichen Schlachten bei Abukir und Trafalgar wäre all dies nicht möglich gewesen. Aber auch mit diesen und noch glänzenderen Siegen wäre ohne den diese Inselbewohner beherrschenden Geist, ohne eine abnorme politische Begabung und ohne eine seltene Mischung politischer Geschmeidigkeit und Energie das Werk, das wir heute bestaunen, nicht möglich gewesen. Es ist in viel höherem Grade ein Werk der Diplomatie als der Waffen. Die Kriegsgeschichte anderer Länder ist reicher an glänzenden Siegen, heroischen Thaten. Was England vor anderen Staaten voraus hat, sind nicht die Siege, sondern die guten Folgen seiner Siege. Diese aber sind ein Werk der Politik.

Einem jeden Lande sind politische Genies beschieden gewesen. Man kann nicht sagen, daß der politische Genius in England häufiger und leichter entstünde. Was die Engländer vor den anderen Völkern voraus hatten und haben, das sind nicht die großen Einzelnen, die Cromwell und Pitt: es ist der politische Geist, der die Gesamtheit beherrscht, eine breite politische Oberschicht, deren eingeborene Tradition und geschlossene Denkart einen trefflichen Durchschnitt garantiert, in Ermangelung des Genius dem Talent die Führung sichert, den Pfuscher nicht duldet und immer eine große Anzahl sicher und tüchtig arbeitender ausführender Organe zur Verfügung stellt, ohne die auch die Leistung des Genius an der zähen Tücke der Objekte zuschanden wird. Jeder Engländer, sagte Novalis, ist eine Insel. Diese inselhafte Geschlossenheit des britischen Typus ist die Grundlage der politischen Leistung des Britentums. Jeder Engländer trägt sein Land mit sich herum, indem er es abbildet, und deshalb ist jeder Engländer im Ausland bewußt oder unbewußt ein Agent für die Weltherrschaft seines Volkes.

Es ist die Weltanschauung des Puritanertums, die diesen Typus erzeugt und erhalten hat. Er ist ein Ergebnis der geistigen

Entwicklung des siebzehnten Jahrhunderts. Das Puritanertum machte aus der zähen alltäglichen Arbeit des Diesseits eine Pflicht und aus solcher Pflichterfüllung eine Religion. Der Engländer des siebzehnten Jahrhunderts, der den Kontorstuhl drückte, diente auf diese Weise treu und bescheiden seinem Gott. Der Kolonist, der den jungfräulichen Boden ferner Länder bearbeitete, tat seine religiöse Pflicht und arbeitete für die Weltherrschaft Englands. Beides war ihm ein und dasselbe. Auf dem Boden dieser Tradition des siebzehnten Jahrhunderts ist jene politische Naivität des Engländer entstanden, welche dem Engländer selbst nicht bewußt ist und von den anderen Völkern in ihren Wurzeln nicht begriffen wird. Für den Engländer ist Britentum und Zivilisation die Menschheitsidee, der Weltfriede und die Idee der englischen Weltherrschaft ein und dasselbe. Die Vorherrschaft Englands scheint ihm mit dem Interesse der Menschheit gleichbedeutend. England ist die Freiheit. Der naive Engländer versteht nicht, wie es Völker geben kann, welche die Segnungen der englischen Weltherrschaft nicht begreifen wollen. Da Englands Sache ihm die Sache der Zivilisation, ja der Menschheit ist, erscheint ihm jede Bedrohung dieser Herrschaft als eine Sünde gegen die Zivilisation. Diese Stimmung ist durchaus ehrlich. Sie wird von den anderen Völkern vielfach als Falschheit und Hypokrisie empfunden. Doch ist sie indes nicht. Sie ist Naivität, aber nicht Heuchelei. Wenn die englische Politik im Namen der Humanität und Zivilisation in die Streitigkeiten der anderen Völker eingreift und dabei neue Ländergewinne für die englische Weltherrschaft einheimst, so würden doch kein Engländer verstehen, wenn außerhalb Englands diese Art der Wahrung des Menschheitsinteresses als Heuchelei bezeichnet wird. Wenn auf Grund dieser Stimmung England jedem Engländer als der eigentliche Träger der Menschheitsidee erscheint, beruht auf derselben Stimmung auch der naive Glaube des Briten an sein Recht auf Weltherrschaft. Dieses Recht erscheint den Briten nicht etwa auf den Machtverhältnissen oder dem Übergewicht der englischen Interessen zu beruhen; es ist eine Art gegebenes Recht, an dem zu rütteln auch der Feind kein moralisches Recht hat. Daher die eigentümliche moralische Note, welche

das politische Auftreten Britanniens auch dort kennzeichnet, wo dieses Auftreten jedem, der das göttliche Recht Englands auf Weltherrschaft nicht anerkennt, als mit allen Gesetzen der Moral im Widerspruch stehend erscheint. Als die Engländer im Jahr 1807 im Frieden Kopenhagen beschossen und die dänische Flotte wegnahmen, erregte diese That überall außerhalb Englands einen Sturm moralischer Entrüstung; aber die Proklamation, welche England vor dieser Wegnahme an das dänische Volk richtete, begründet auch diese Maßregel in durchaus naiver Weise mit dem Interesse der Freiheit und des Friedens der Völker. Wie dieses, ließen sich aus der Geschichte der englischen Eroberungen unzählige Dokumente der gleichen Art aufzählen.

Diese Denkungsart charakterisirt den englischen Nationalismus. Sie unterscheidet ihn von dem Nationalismus aller anderen Völker der Gegenwart. Wer nach Parallelen sucht, muß in der Geschichte bis auf das Imperium Romanum zurückgehen. Gerade diese Parallele aber ist bedeutsam. Der englische Nationalismus wie der der alten Römer ist das Selbstgefühl der Besitzenden. Bei den anderen Völkern ist der Nationalismus nur das Streben nach einer Weltherrschaft, die sie noch nicht besitzen und vielleicht niemals besitzen können. Daher gebärdet sich der englische Nationalismus als Kosmopolitismus. Er ist es indes nur scheinbar. Ihm fehlt anscheinend jener Drang der Unzufriedenheit, jenes ungestüme Begehren, die Leidenschaftlichkeit, die die nationalistischen Bewegungen der anderen Länder kennzeichnet. Und doch wäre ein solches Urtheil ein Irrthum. Das wird immer dann offenkundig, wenn von irgendeiner Seite her die englische Weltherrschaft beeinträchtigt oder etwa gar in ihren Grundlagen gefährdet wird. Ja, die Äußerungen des englischen Nationalismus pflegen in solchen Zeiten derart zu sein, daß sie dem kontinentalen Europäer als krankhaft und hysterisch erscheinen. Das war zum Beispiel um die Mitte des vorigen Jahrhunderts infolge französischer Flottenpläne der Fall. Näher liegen unserem Gedächtnis die Gemütsbewegungen, welche die deutschen Flottenrüstungen und die Anstrengungen Deutschlands auf flugtechnischem Gebiete in England hervorgerufen haben. Die reichsdeutschen Zeitungen haben

bitteren Spott über einzelne Äußerungen dieser Gemüthsbewegungen insbesondere über die Invasionsfurcht und die Luftschiffgespenstseherei ausgegossen. So sehr solche Äußerungen zum Spitzreizen, und so lächerlich sie auch dem gebildeten Engländer schienen, so legen sie doch, wenn man von ihrer Form abstrahirt, Zeugnis ab von einer durchaus ernst zu nehmenden nationalen Grundstimmung und einer Höhe der Ansprüche auf Weltbeherrschung, welche bereits in dem Anspruch fremder Staaten, die See nicht von vornherein auf Gnade und Ungnade der englischen Flotte verfallen zu sein, ein Attentat auf die Grundlagen der englischen Weltherrschaft sieht.

Es ist bekannt, bis zu welchem Grade England die Flottenfrage zum Angelpunkt seiner inneren wie äusseren Politik gemacht hat, wie es auf den deutschen Flottenbau hin seine Aufmerksamkeit für die Flotte um ein Vielfaches gesteigert hat, wobei nicht etwa die Regierung, sondern die Stimmung des Volkes die Führung hatte und meist nur darüber gestritten wurde, ob die Forderung der Regierung ausreichen, selten aber, ob sie zu weit gehe. In allen Rundgebungen offizieller und nichtoffizieller Kreise des britischen Reiches zugunsten einer Abrüstung oder Verständigung über die Einschränkung maritimer Rüstungen hat es sich immer nur um eine Garantie der englischen Seegeltung, niemals aber um ihre Einschränkung gehandelt. Für den naiven Engländer fällt die Schuld an der Rüstungslast denjenigen Staaten zu, welche sich gegen die uneingeschränkte Seeherrschaft Englands, die dem Engländer als Recht erscheint, auflehnen wollen. Die deutsche Regierung hat bei ihren Flottenrüstungen immer wieder und nachdrücklich betont, daß diese Rüstungen rein defensiv gedacht sind zum Schutze des wachsenden deutschen Überseehandels, und daß ihre Spitze gegen keine andere Macht kehren, eine fremde maritime Hegemonie nicht antasten und eine deutsche nicht begründen wollen, ja von den maritimen Rüstungen anderer Mächte ganz unabhängig sind. Diese Erklärungen haben auf die öffentliche Meinung Englands so gut wie keinen Eindruck gemacht; die englische Regierung hat im Gegensatz zu dieser deutschen Haltung ihre Flottenverstärkungen stets offen mit den deutschen Rüstungen begründet.

und die öffentliche Meinung Englands hat kaum begriffen, daß die deutschen Rüstungen einen anderen Zweck haben können als einen Angriff auf die englische Seeherrschaft, da der Schutz des Handels und die Freiheit der Meere doch gerade durch diese britische Seeherrschaft am besten garantiert ist.

Der englische Nationalismus bleibt Nationalismus, auch wenn er sich kosmopolitisch gebärdet, und — ohne jede Heuchelei — von Weltfriede, Freiheit und Zivilisation spricht. Da diese kosmopolitische Gebärde zeigt nur, auf wie hoher Stufe er steht. Was ihn von dem Nationalismus anderer Länder unterscheidet, ist sein Erfolg, die Fülle dessen, was er erreicht hat.

Im Jahre 1912 erklärte der englische Staatssekretär des Äußern, Sir Edward Grey, in einer Rede über koloniale Fragen: England sei saturiert. Ist der englische Nationalismus am Ziele seiner Wünsche angekommen? Genügt ihm die Beherrschung des fünften Teils der bewohnten Welt?

Es widerspräche dem Wesen der nationalistischen Tendenz, welche unersättlich ist, wenn dem so wäre. Zunächst ist zu sagen, England ist saturiert, weil es verdaut. Es mag auf lange Zeit hinaus saturiert sein, weil es auf lange Zeit hinaus zu verdauen hat. Die Frage, welche zurzeit im Mittelpunkt seines Interesses steht, ist die Frage der politischen Organisation des ungeheuren Reiches, das größer-britannische Problem. Das Weltreich ist in einer inneren Umbildung begriffen. Das Problem dieser Umbildung absorbiert das imperialistische Interesse und würde für sich allein genügen, jenen von dem englischen Minister behaupteten Zustand der Sättigung zu erklären.

Aber auch sonst kann diese behauptete Sättigung nur relativ verstanden werden. Es ist richtig, daß das englische Weltreich sich seit einem Jahrzehnt in allen Unternehmungen, welche keinen direkten oder indirekten Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Besitzstand, seinem Ausbau und seiner Sicherung haben, eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat, daß England weder die Balkankrise und die türkischen Verlegenheiten für eine imperialistische Expansion zu verwerten suchte, noch in Zentralafrika an den Bestand des KongoStaates und der portugiesischen Kolonien irgendwie zu rühren

unternahm, daß es der russischen Expansion in Persien und Mongolei nur mit diplomatischen Mitteln unter sorgfamer Wahrung guter Beziehungen zu Rußland, aber ohne Energie entgegen treten ist, und insbesondere in Persien im großen ganzen ein langsamen Rückzug eingeleitet hat. Aber all das ist in der sonderbaren politischen Konstellation und den taktischen Folgerungen begründet, welche die englische Diplomatie aus ihr ziehen mußte, nicht aber in einer tatsächlichen inneren Sättigung des Weltreiches oder etwa gar in einem Nachlassen des nationalen Lebensdranges der britischen Nation begründet. Im übrigen diese Sättigung nicht alt. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt hat England sich die Burenrepubliken angegliedert und das ungeheure Gebiet des Sudan erworben, so daß heute schon jener ein als phantastisch beschriebener Plan einer englischen Kap-Kairo-Bahn, den der große Cecil Rhodes in den achtziger Jahren faßte, zu großen Teil ausgeführt, zu seiner Vervollendung nur mehr eine Auseinandersetzung mit Deutschland und Belgien bedarf.

Niemand kann dem englischen Reich solche immer neue Pläne zum Vorwurf machen. Es stellt sich heraus, daß jeder Erwerb über sich selbst hinausdrängt. Er soll ausgebaut werden, und Ausbau erfordert Erweiterung. Auch hier heißt Leben Wachsen. Ägypten erfordert den Sudan als Hinterland. England muß den Sudan beherrschen, um Ägypten zu sichern. Es wird, wenn auch wider Willen, falls der russische Drang nach dem Süden Persien weiter fortschritte, sich Südpersien zur Sicherung Indiens verschern. So wird England durch den Besitz selbst zu immer neuen Erwerbungen gedrängt. Es ist eine Grundeigenschaft je Besitzes an Geld wie an Boden, daß seine Erhaltung seine Vermehrung erfordert.

Diese Sättigung des britischen Nationalismus also ist nur scheinbare; sie ist das Resultat einer vielleicht früher oder später vorübergehenden Konstellation und eines politischen Instinktes der Nation, welche den aus der Konstellation sich ergebenden taktischen Folgerungen Rechnung trägt. Nur im Zusammenhang mit diesem politischen Instinkt kann die Eigenart des englischen Nationalismus verstanden werden. Diesem Nationalismus kon-

es überall auf das Wesen der Sache und nirgends auf den Schein an. Darin enthüllt sich eine alte Tradition der Macht. Der junge Nationalismus pflegt am äußeren Schein der Macht sich zu berauschen und das Prestige anzubeten; dabei kann es vorkommen, daß unter dieser Scheinbarkeit sich reale Ohnmacht verbirgt. Die Freude am Schein sich abzugewöhnen, hat der englische Nationalismus Zeit gehabt, ohne daß er dabei die reale Macht des Scheins meisterhaft zu handhaben verlernt hätte. Ein weiterer Grund für die scheinbare Sättigung des englischen Nationalismus ist darin zu finden, daß die englische Macht viel weiter geht, als der Boden sich ausdehnt, auf dem die englische Flagge weht, viel weiter auch, als die militärische Macht des Inselreiches reicht. Der englische Nationalismus sieht keine Notwendigkeit, dem englischen Reiche Gebiete anzugliedern, die dieses Reich, auch wenn sie nominell frei und unabhängig zu sein scheinen, in Wahrheit sei es durch seine Überlegenheit zur See, sei es mit Mitteln der Diplomatie oder des Kapitals zu beherrschen vermag. So ist Portugal, in vermindertem Maße auch Spanien, in Wahrheit eine Dependance des englischen Weltreiches. Japan vermag sich aus den Fesseln des englischen Geldmarktes nicht zu lösen; England braucht in Südamerika nicht Fuß zu fassen, denn dessen bedeutendster und zukunftsreichster Staat, Argentinien, wird von der Londoner Börse finanziert und so beherrscht. England hat Sorge getragen, daß die Indien umgebenden Staaten, deren Einverleibung eine englisch-russische Grenze schaffen würden, scheinbar unabhängig bleiben, in Wahrheit aber als Vorposten der indischen Festung fungieren. Die naive Freude des jungen Nationalismus, der die Macht des Vaterlandes an der Größe der Gebiete mißt, welche im Atlas die Farbe des Vaterlandes haben, ist dem englischen Nationalismus fern.

Englands Weltherrschaft ruht auf der Flotte; und doch wäre sie unhaltbar, wenn sie nur auf der Flotte ruhte. Sie reicht in Wirklichkeit viel weiter, als die Flotte. Sie hat neben der Seeherrschaft noch zwei andere Grundpfeiler: den britischen Kulturzusammenhang und die Londoner Börse.

Die Macht des britischen Kulturzusammenhangs ist ein schwer zu fassendes Imponderabile. Sie beruht auf der inneren

Stärke der Einheitlichkeit, der suggestiven Kraft des britischen Menschenideals. Es ist kaum möglich, dies Imponderabile überschätzen, aber sehr schwer, seine Bedeutsamkeit zu begründen. Die psychologischen Gesetze, welche diese Zusammenhänge regeln, sind wenig erforscht und schwer zu erforschen. Der britische Typus ist ansteckend. Er hat für Individuen anderer Herkunft viel Verführerisches, prägt sich leicht ein und kann leicht angenommen werden. Jeder Typus ist der Entwurf eines Menschenideals. Die Eigenschaft der Übertragbarkeit beruht auf der Eigenart dieses Menschenideals. Dieses Menschenideal ist vielleicht kein höchstes, man kann es auch als ein Durchschnittsideal brandmarken; es hat einfache, aber feste Züge und gerade darauf beruht seine Suggestivität und seine Übertragbarkeit. Es ist ein außerordentlich gesundes, in sich harmonisches und lebendiges Ideal. Pflicht, Gesundheit, vernünftiger Lebensgenuss, praktische Tüchtigkeit — ein Ideal der Masse, das auf allen Himmelsstürmen und alle Sehnsucht nach dem Unerreichbaren vielleicht damit auch auf alles wahrhaft Große und auf das tiefste Pathos des Menschen verzichtet. Dieser Typus ist nicht der höchste Menschenideal, das entworfen werden kann, gewiß aber das politisch brauchbarste. Es begründet eine Einförmigkeit der Menschen und ihrer Interessen, welche den inneren Zusammenhalt garantiert und in politischer Beziehung ein zentripetal Moment größter Bedeutung darstellt. Diese Einförmigkeit und dieser natürliche Zusammenhalt garantiert die Unschädlichkeit und Freiheit und ermöglicht mit den moralischen Qualitäten diesen Typus jenes Verfassungsideal des Selfgovernments, das England den anderen Völkern als das Land des politischen Idealszustands, das Land der Freiheit und Zivilisation schlechthin erscheinen läßt. Die enorme Wichtigkeit dieser Zusammenhänge zeigt die englische Kolonialpolitik. Nur weil England den Kolonien ohne Gefährdung vollkommene Freiheit geben konnte, hat es die weißen Kolonien dem Weltreich erhalten können; und diese vollkommene Freiheit konnte es nur geben, weil es auf die Kraft dieses Kulturzusammenhangs, auf die Einheitlichkeit des Typus und die vernünftige Wertung der gemeinsamen praktischen Interessen zählen konnte.

Die Kraft, Geschlossenheit und Einheitlichkeit des britischen Typus läßt den kolonialen Engländer sich nicht zu einer gesonderten nationalen Individualität entwickeln. England kann sicher sein, daß der Holländer Südafrikas bei einer Verschmelzung mit dem Engländer den britischen Typus eher annimmt als ihn aufsaugt, und das gleiche gilt von der französischen Minorität Kanadas. Es kann Einwanderer aller Staaten zur Erschließung seiner weiten Kolonien verwenden, der russische Jude wird ebenso zum Engländer wie der Deutsche und Slowene. Es braucht sich deshalb nicht wie andere Länder aus Angst für die Reinheit seines Typus vor der Nationalisierung von Menschen fremder Herkunft zu scheuen; es tut es nicht und kann sich so als Hort der Freiheit und Heimat aller Heimatlosen verehren lassen. Die moderne englische Geldaristokratie, und gerade derjenige Teil von ihr, auf welcher die modernsten Methoden des Imperialismus beruhen, ist jüdischer Herkunft, aber mit den leitenden Kreisen des englischen Weltreiches vollkommen verschmolzen. Es ist dies dem Anscheine nach nur eine Frage der Institutionen und Gebräuche, in Wahrheit aber eine Frage der Kraft des nationalen Typus, der solche Institutionen und Gebräuche ermöglicht.

Es wird vielleicht eine Zeit kommen, wo Deutsch-Südwestafrika, von deutschen Einwanderern besiedelt, Selbstverwaltung nicht nur verlangen wird, sondern auch erhalten muß. Wenn das Deutschtum bis dahin nicht zum Entwurfe eines festen und geschlossenen Menschentyps gelangt, so wird aus den selbständig gewordenen Einwanderern sich sehr bald eine neue eigene nationale Individualität bilden; und die Betätigung ihrer zentrifugalen Triebe wird eine Frage des Zufalls, der Gewalt oder äußerer Interessen sein.

In Deutschland, wo wie in allen jungen Staaten die Macht der Gewalt überschätzt wird, weil man die Erfahrung Napoleons I. von der impuissance de la force zwar schon oft genug gemacht, aber noch nicht tief genug verstanden hat, wird gemeiniglich geglaubt, das englische Weltreich müsse mit der Zerstörung der englischen Flotte zusammenstürzen. Wenn es auch unmöglich ist, zu prophezeien und in solchen Dingen alles von den näheren Um-

ständen abhängt, so wird man doch sagen können, daß, wer urteilt, die Grundlagen der englischen Macht nicht verstanden hat. Es würde vielleicht seine tropischen Kolonien verlieren Ägypten, Indien und einen großen Teil seines Einflusses auf die nicht englischen Länder, seine Herrschaft über Australien, Südafrika und Kanada aber würde, wenn nicht im Falle Kanadas es den Vereinigten Staaten gelingt, die Kanadier zur Verschmelzung zu befehlen, schwerlich berührt werden. Die Macjenes Kulturzusammenhangs versinkt nicht mit den Kanonen der britischen Schiffe.

Dagegen könnte der Zusammenbruch jenes Kulturzusammenhangs das britische Reich unwiederbringlich zerstören. Der englische Typus ruht auf dem Menschenideal des Puritanertums. Es ist das Ideal nüchternen Fleißes, diesseitiger Pflichterfüllung. Dieses Ideal hat den religiösen Glauben, auf den es gegründet war, überdauert. Die ungläubigen Enkel haben es von den gläubigen Ahnen im Blute geerbt. Aber es ist möglich, daß ohne den Schutz des Glaubens dieses Ideal einer allmählichen Zersetzung verfallen muß. Anzeichen einer solchen Zersetzung finden wir in der geistigen Entwicklung des Englands der letzten Jahrzehnte vorhanden. Die Moderne weiß auf die Frage: wozu Pflichterfüllung? keine Antwort. Das eigentliche tiefste und unter einer weiteren Perspektive gefährlichste Problem der englischen Weltmacht ist die Frage, ob die Zukunft die alte Antwort des Puritaners unverändert erhalten, neu beleben oder eine neue Antwort geben können, oder dem Kopfschütteln der Skeptiker Raum geben wird. Dann erst wäre der Verfall des englischen Weltreiches besiegelt.

Als weiterer Pfeiler der englischen Herrschaft tritt neben diesen Kulturzusammenhang das wirtschaftliche Interesse. Bei diesen Pfeilern stützen sich gegenseitig, wie beide wiederum von dem dritten, der Seeherrschaft, gestützt werden. Es ist kein Zweifel, daß die Zugehörigkeit zum britischen Weltreich für die Kolonien ein glänzendes Geschäft ist. Sie haben für alle ihre Unternehmung die Londoner Stockexchange hinter sich. Wahrscheinlich hätten die englischen Kolonien als selbständige Staaten für ihre V

leihen statt 3 bis 4, 6 bis 8 Prozent Zinsen zu bezahlen. Von London aus fließt der befruchtende Strom des Geldes. Die Zugehörigkeit zum britischen Weltreich ist in wirtschaftlicher Beziehung eine Art Anschluß an ein umfangreiches und sicher arbeitendes Bewässerungssystem. Diese materiellen Interessenzusammenhänge würden für sich allein vielleicht nicht ausreichen, um das Reich vor inneren Störungen zu bewahren. Die Zeit, in der man an die Allgewalt materieller Interessen glaubte, ist vorbei. Die Zeit hat eingesehen, daß das materielle Interesse, das sich in Zahlen berechnen läßt, zur Begründung von Staaten und Reichen nicht zulangt und im Widerstreit mit der Macht der Idee und des Gefühls, mit nationalen Imponderabilien und dem Drang zur Freiheit, vor diesen sich beugen muß. Da aber England die kolonialen Imponderabilien mit Vorsicht und geschmeidiger Klugheit zu handhaben versteht, eine unschädliche Freiheit gerne und ganz gibt und da kraft jenes starken Kulturzusammenhangs die Kolonien ideell an das Mutterland gefesselt bleiben, arbeitet der einigenden Kraft der materiellen Interessen nichts entgegen, daher sie denn ihre volle Wirkung tun können.

Wir können diese Zusammenhänge hier nur streifen, nicht aber ausführlich darstellen. Das zentrale Problem der inneren Politik des heutigen England ist der Imperialismus¹¹⁾. Die Fragestellung, deren Beantwortung die Geister scheidet, kann wie folgt formuliert werden: mit welchen Mitteln soll das ungeheure Weltreich zusammengehalten und als innere Einheit konsolidiert werden? Soll England, um die Kolonien wirtschaftlich bevorzugen zu können, zum Schutzzoll übergehen? Ist es möglich, aus den zerstreuten Ländern ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden? Wenn es möglich ist, ist es politisch nötig oder genügt der Kulturzusammenhang und das finanzielle Band?

Wie bekannt, hat der Übergang der konservativen Partei zum Schutzzoll den Liberalen die Herrschaft verschafft, welche sie heute noch innehaben. Der liberale Imperialismus hat das Schwergewicht auf den Kulturzusammenhang gelegt, und die Entwicklung der Kolonien und ihres Verhältnisses zum Mutterland hat kein Argument gegen die Richtigkeit dieser Politik erbracht. Man

kann sogar sagen, es ist der Beweis erbracht worden, daß von politischem Standpunkt aus englische Schutzzölle mit Vorzugszöllen für die Kolonien als imperialistische Maßregel nicht nötig ist. Eine andere Frage ist es natürlich, ob das wirtschaftliche Interesse der englischen Industrie nicht über kurz oder lang Schutzzölle erfordert.

Die englische Politik ist sich der Bedeutung dieses Kulturzusammenhangs durchaus bewußt. Sie hat die Meinungsmacht der Kolonien in sehr geschickter Weise in London zentralisiert. Sie ist durchaus imperialistisch gefärbt. Die australische, südafrikanische, kanadische Presse urteilt auf Grund eines Nachrichtenmaterials, das ihr aus London und nur aus London zugeht. Diese Nachrichten variieren immer um das Thema, daß Gedeihe und Freiheit der Kolonien nur durch ein starkes England geschützt werden kann, sprechen von deutschen Plänen auf Australien und ähnlichem. Welche Bedeutung man dieser Meinungsmacht zu mißt, zeigen hinter den Zeilen die Verhandlungen der Reichskonferenzen über das Pressewesen. In der Geschichte der Beiträge der Kolonien zu den Kosten der englischen Flotte hat diese Meinungsmacht eine wesentliche Rolle gespielt.

Die Aufwendungen, welche das kleine England für die Erhaltung seiner Kolonien machen muß, sind in dem letzten Jahrzehnt rasch und stark gewachsen. Zudem hat England sich genötigt geglaubt, den größten Teil seiner Flottenmacht in den heimischen Gewässern verfügbar zu halten. Dadurch hat sich der Glanz der englischen Seemacht in der Übersee vermindert. Die Suprematie auf dem Mittelmeer konnte nicht aufrechterhalten werden. In der Pazifik sehen sich die Australier ohne ausreichenden Schutz gegen das ihnen verdächtige Japan. Diese Entwicklung hat die englische Politik vor die Notwendigkeit gestellt, die Lasten der Reichsverteidigung von den Schultern des kleineren England auf die breiteren Großbritanniens zu legen. Das ist, wie bekannt, zum Teil gelungen, zum anderen Teil auf dem besten Wege. Die Kolonien leisten steigende Hilfe zu den Kosten der Flotte. Sie stellen aber eine Forderung, deren Berechtigung sie aus dieser Leistung ableiten: Beteiligung an der politischen Leitung des Reiches. Man ist ihnen durch die Institution der sogenannten

Reichskonferenzen, durch Informierung der leitenden Kolonialminister entgegengekommen; eine Bewilligung dieser mit besonderem Nachdruck von Kanada betriebenen Forderung würde eine Umgestaltung der britischen Verfassung und der ganzen Reichsorganisation voraussetzen, welche auf Grundlage der parlamentarischen Institutionen Englands sich sehr schwer durchsetzen läßt. Bis zur Lösung dieses schwierigen verfassungstechnischen Problems werden menschlicher Voraussicht nach noch Jahrzehnte vergehen. Der Wunsch der Kolonien wird indes immer stärker werden, und eines Tages wird man eine Lösung finden. Dafür bürgt die politische Klugheit und Geschmeidigkeit des Engländerthums. Dionys von Halikarnas fand einst den Grund für die Erfolge Roms und den Mißerfolg des athenischen Reiches in der Elastizität der römischen Politik, welche die Staatsform den veränderten Bedingungen anzupassen verstand, während Athen die spröde Schale der Stadtverfassung nicht zu dehnen und alles Ungegliederte sich nicht innerlich einzuverleiben vermochte. Alles spricht dafür, daß auch die Geschichte der Zukunft England in dieser Beziehung mit dem Imperium Romanum vergleichen wird.

7.

Unter den Großmächten der Weltpolitik ist das Deutsche Reich die jüngste. Innere Zerrissenheit und Mangel an politischer Begabung brachten das deutsche Volk während langer Jahrhunderte um jede politische Geltung. Glänzende Waffenerfolge blieben ohne politischen Nutzen. Die militärische Tüchtigkeit der Bevölkerung kam fremden Interessen zu gut. England führte seine Kolonialkriege mit deutschen Söldnern. Als dann durch die zähe Energie des preussischen Stammes und den Genius Bismarcks ein einiges Deutsches Reich geschaffen und so dem deutschen Volk die äußere Möglichkeit weltpolitischer Betätigung gegeben wurde, war es spät geworden; die besten Stücke des Erdkreises waren verteilt. Bismarck sah nach dem glücklichen Kriege gegen Frankreich die Hauptaufgabe in der Konsolidierung der errungenen Einheit. Um Frankreichs Blicke von der Rheingrenze

abzulenken, begünstigte er, so sehr er konnte, die französische Expansion in Afrika und Asien. Als er gegen Ende seiner Tätigkeit daranging, einer zukünftigen kolonialen Tätigkeit Deutschlands eine übriggebliebene Stücke Afrikas zu sichern, vermied er es sorgsam weiter zu gehen, als das englische Interesse vertragen konnte. (vermied es, von Deutsch-Südwestafrika aus auf das Hinterland der Kapkolonie, das heutige Rhodesien, überzugreifen. Bismarck hielt die deutsche Weltpolitik in den Grenzen, die die Rücksicht auf die Kontinentalpolitik nach seiner Ansicht ihr ziehen mußte. Er stellte die Kontinentalpolitik in jeder Hinsicht über die Weltpolitik und ließ dieser nur zukommen, was jene gestattete.

Das junge Deutsche Reich aber drängte hinaus in die Welt. Die Bevölkerung wächst jährlich um 8—900 000 Menschen, und für diese neuen Massen muß Nahrung oder, was das gleiche ist, Arbeit gefunden werden. Damit das Land die wachsende Bevölkerung nähren kann, müssen die deutschen Waren steigend Absatz im Auslande finden. Es müssen immer mehr Waren den Weg über die Grenzen finden. Der großartige wirtschaftliche Aufschwung, der der politischen Konsolidierung folgte, ist bekannt. Dank des zähen Fleißes, der Tüchtigkeit, der wissenschaftlichen Bildung, des Lebensdranges des deutschen Volkes gelang es, an die Stelle der Menschen die Waren zu exportieren. Die deutsche Wirtschaft umspannt mit ihren Interessen und Leistungen die Welt, sie hat sich in manchen Zweigen einen ersten, in allen einen zweiten oder dritten Platz erobert. Dem wirtschaftlichen Interesse mußte das politische folgen. Die enorme Arbeitsleistung des aufstrebenden Volkes zwingt das junge Reich zur Weltpolitik.

Die Geschichte der nationalen Empfindung verläuft parallel dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Die Einigung Deutschlands war auf der einen Seite ein Abschluß der nationalen Entwicklung, eine Erfüllung der nationalen Wünsche. Sie war auf der anderen Seite der Beginn einer neuen Entwicklung, der Reim neuer, weitgehender Wünsche. Wie für das Streben des Individuums, gibt es für die Begehrung der Völker keinen Abschluß und kein Ende. Mit der Entstehung weltpolitischer Interessen hat sich auch der deutsche Nationalismus weltpolitisch orientiert. Die Ansprüche

des deutschen Volkes auf Macht und Geltung, nicht nur in Europa, sondern rings um die Erde, sind schnell gestiegen. Als im Jahre 1907 die Regierung des Fürsten Bülow um einer kolonialpolitischen Frage willen den Reichstag auflöste und an das Volk appellierte, hielten Wahltechniker, die an den Erfahrungen früherer Zeiten klebten, die Wahlparole für unpopulär und eine Niederlage für unvermeidlich. Das Gegenteil trat ein. Die ältere Generation der Politiker stand erstaunt vor der elementaren Kraft des weltpolitischen Geltungswillens der Nation. Wenn man die Haltung der oppositionellen Parteien und Zeitungen zu nationalen Fragen, insbesondere zu Rüstungen zu Lande oder zu Wasser, vor zwanzig und zehn Jahren mit der heutigen vergleicht, so ist jedem offenbar, daß hier so gut wie alles anders geworden ist. Keine bürgerliche Partei kann sich in solchen Fragen eine Politik der Negation gestatten; auch die Sozialdemokratie muß bei ihrem parlamentarischen Verhalten und ihrer Agitation im Volke dem nationalen Argument von Jahr zu Jahr mehr Rechnung tragen. Die Flottenpolitik insbesondere ist getragen von einer gefühlsmäßigen Popularität, vor deren suggestiven Kraft sich mit der Zeit auch diejenigen Politiker, die aus taktischen Erwägungen die politische Nützlichkeit eines großen Flottenbaus bezweifelt haben, beugen mußten.

Diese Entwicklung der wirtschaftlichen Interessen und der weltpolitischen Empfindungen auf der einen, die Konsequenzen der kontinentalen Situation des Deutschen Reiches auf der anderen Seite begründen die Eigenart der politischen Lage des modernen Deutschlands. Deutschland ist ringsum eingeschlossen von Ländern einer entwickelten und alten staatlichen Kultur. Es grenzt an kein Gebiet möglicher kolonialer Expansion. Es liegt in der Mitte der Großmächte. Kein anderer Staat ist in der gleichen Lage. Alle seine Nachbarn haben ein mögliches Expansionsgebiet vor der Tür. Rußland hat Asien, Österreich-Ungarn den Balkan, Frankreich und Italien die afrikanische Nordküste, das meerumflossene England die Welt. Alle diese Staaten haben mehr oder weniger nur eine Seite zu verteidigen und die andere frei. Das in der Mitte Europas gelegene Deutschland ist von der politischen

Konstellation Europas abhängiger als seine Nachbarn. Es ist schwerer gegen feindliche Bündnisse zu sichern und bedarf zu solcher Sicherung einen größeren Aufwand an diplomatischen oder militärischen Machtmitteln. Auf der Erkenntnis dieser Lage beruht die Politik Bismarcks, die, im wesentlichen Kontinentalpolitik, den Notwendigkeiten dieser Kontinentalpolitik die Wünsche der Weltpolitik unterordnete. Es ist offenbar, daß bei allen afrikanischen, türkischen, persischen, chinesischen Unternehmungen die deutsche Politik sich zunächst zu fragen hat, welche Rückwirkungen ein derartiges Eingreifen Deutschlands auf die Konstellation des europäischen Kontinents ausüben muß. Sie wird, wenn sie in der europäischen Türkei, in Persien oder in China russischen Interessen begegnet, Rußland noch enger an die Seite des unwandelbar feindlichen Frankreich heften, wird, wenn sie in Mesopotamien ein englisches Interessengebiet antastet, England auf die Seite der Gegner treten sehen. In der Tat haben die ersten weltpolitischen Unternehmungen Deutschlands derartige Wirkungen gehabt. Die deutsche Orientpolitik, die durch das Bagdadbahnunternehmen eingeleitet wurde, hat Russen und Engländern einen möglichen gemeinsamen Gegner gezeigt und zu ihrer Verständigung manches beigetragen, weswegen denn auch viele deutsche Diplomaten kontinentaler Denkart dieses Unternehmen aus Gründen politischer Taktik für durchaus verfehlt erklärten und für die Schwierigkeiten, auf welche die deutsche Politik in dem ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts infolge einer gegen sie orientierten Konstellation der großen Weltmächte aller Orten stieß, dieses und andere Unternehmungen weltpolitischen Charakters verantwortlich machten. Als Deutschland im Jahr 1904 der kolonialen Expansion Frankreichs gegenüber von der Tradition Bismarcks abwich und dieser, die sie bisher unterstützt hatte, entgegenzutreten unternahm, war dieser Umschwung trotz der vielfachen Nebenmomente und Nebenabsichten, über deren Einfluß und Richtigkeit ein historisches Urteil noch kaum gefällt werden kann, Ausdruck und Anerkennung einer durch die wirtschaftliche Entwicklung gegebenen Notwendigkeit, zukunftsreiche Länder nicht völlig unter fremden Einfluß fallen zu lassen. Aber

gerade diese Anerkennung verdeutlichte das eigenartige Dilemma zwischen kontinentalpolitischen Rücksichten und weltpolitischen Interessen, welches die politische Situation des Deutschen Reiches kennzeichnet. Es wird behauptet, das Deutsche Reich habe wenige Jahre früher noch die Möglichkeit gehabt, gemeinsam mit England dem französischen Vordringen in Marokko Einhalt zu gebieten. Wie dem auch sei, Deutschland fand bei seiner Aktion England und Rußland auf der Seite Frankreichs, Rußland als den geldbedürftigen Verbündeten der Franzosen, England, weil es aus einer Reihe von Gründen, unter denen auch die weltpolitischen Absichten Deutschlands, seine Orientpolitik und der Flottenbau fungieren, sich Frankreich genähert und für die marokkanische Frage seine Unterstützung zugesagt hatte. Als Deutschland dann, bauend auf die rechtliche Fundierung seiner These, statt unter dem Druck seiner militärischen Überlegenheit das erschrockene Frankreich zu einem Separatabkommen zu zwingen, zu dem diplomatischen Mittel einer Konferenz griff, fand es auf dieser sich einer geschlossenen Phalanx gegenüber, vor der es, wollte es nicht in einer ungünstigen Aufstellung und gegen die Sympathien der Welt einen europäischen Krieg entfesseln, sich zu einem Vertrag verstehen mußte, der zwar nicht dem Wortlaut nach, aber praktisch die marokkanische Expansion Frankreichs ermöglichte.

Die Grenzen, die jener Vertrag dieser Expansion setzte, wurden durch die Arbeit Frankreichs und die Entwicklung, welche die Verhältnisse in Marokko selbst unter dem Einfluß dieser Arbeit nahmen, langsam verschoben und erweitert. Von der Konferenz von Algeciras 1906 bis zu dem Februarabkommen des Jahres 1909 war die deutsche Politik in folgender Lage: Frankreich erweiterte langsam die Algecirasakte und unterhöhlte allmählich die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Sultans, die diese Akte im Prinzip gewahrt wissen wollte. Deutschland hatte Handhaben genug, auf Grund der internationalen Akte gegen dieses Vorgehen einzuschreiten. So oft es dies indes tun wollte, sah es sich einer Gruppierung der Mächte gegenüber, in deren Schutz die französische Politik sich sicher glaubte und zu keinem

Nachgeben bereit war. Ja, jede deutsche Aktion mußte die Gruppierung enger zusammenschließen. Die sogenannte Freisungspolitik Eduards VII. hat sich an der marokkanischen Frage herangebildet und bewährt. Die Geringfügigkeit der einzelnen Verstöße Frankreichs gegen die Algierasakte machte es der deutschen Politik praktisch unmöglich, von dem Argument des Schwertgebrauch zu machen. So war die deutsche Politik in der marokkanischen Frage durch eine europäische Konstellation, welche sich an dieser Frage gebildet hatte, lahmgelegt und hatte die Folgen dieser Konstellation auch in anderen als der marokkanischen Frage zu spüren. In diesem Zusammenhang zwischen Weltpolitik und Kontinentalpolitik liegt, wenn man so will, der *Circulus vitiosus* der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Weltpolitische Unternehmungen haben Rückwirkungen auf die Kontinentalpolitik, unter deren Einfluß das Deutsche Reich sich weltpolitisch beschränken muß.

Weltpolitik indes muß getrieben werden. Die wirtschaftliche Expansion und der Lebenswille des Volkes drängen hinaus. Die deutsche Politik muß dem *Circulus vitiosus* entrinnen. Sie kann nicht für reine Kontinentalpolitik optieren. Die Aufgabe, die die Situation stellt, ist das eigentliche Problem der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches. Alles, was geschieht, läßt sich als Versuch ihrer Lösung auffassen. Es ist klar, daß die weltpolitische Bewegungsfreiheit des Deutschen Reiches desto größer ist, je unabhängiger von der Konstellation der Mächte seine kontinentale Stellung ist. Daher gilt es zunächst, das Deutsche Reich von dem „Cauchemar des coalitions“ zu befreien, der Bismarck bedrückte. Daher ist das erste Erfordernis der deutschen Weltpolitik, daß Deutschland auf dem Kontinent so stark ist, daß je möglichen Konstellation gegenüber die Chancen des Sieges auf seiner Seite sind. Nur dann wird es bei weltpolitischen Unternehmungen die Rückwirkungen auf die kontinentale Konstellation auf sich nehmen können. Ja, diese Rückwirkungen werden ausbleiben, sobald man sieht, daß Deutschland auf dem Kontinent mit Aussicht auf Erfolg auch durch Zusammenschluß seiner weltpolitischen Gegner nicht angreifbar ist. Die Entscheidung über

die deutsche Weltpolitik fällt auf dem Kontinent. Die deutsche öffentliche Meinung hat diesen Zusammenhang zwischen der militärischen Stellung Deutschlands auf dem Kontinent und seiner weltpolitischen Bewegungsfreiheit noch nicht durchweg begriffen. Ihr scheint die Flotte das erste Instrument der Weltpolitik. Und gerade weil die politische Sehnsucht der Nation weltpolitisch gerichtet ist, ist die Flotte in dem heutigen Deutschland populärer als das Heer. Indes kann man sich vielleicht eine deutsche Weltpolitik ohne eine überragende Stellung zur See, aber gewiß keine ohne eine solche Stellung zu Lande denken. So wichtig die Flotte für den realen Schutz der Interessen über See wie für die Imponderabilien der Macht ist, das Heer ist noch wichtiger. Der Einfluß der starken Stellung zu Lande ist freilich ein indirekter, der weniger in die Augen springt als die direkte und greifbare Wirkung der Stellung zur See.

Durch seine jüngste Heeresverstärkung hat Deutschland einen großen Schritt zu derjenigen Festigung seiner kontinentalen Stellung getan, welche die Grundlage weltpolitischer Bewegungsfreiheit bildet. Die Gegenmaßregeln der Franzosen zeigen der Welt, daß Deutschland der von Natur stärkere Teil ist und durch Anstrengungen der möglichen Gegner militärisch nicht mehr lahmgelegt werden kann. Damit muß sich, wenn Vernunft und Einsicht in die reale Lage die Handlungen der Menschen bestimmt, die Stellung dieser möglichen Gegner zu den weltpolitischen Unternehmungen Deutschlands allmählich ändern.

Für die allmähliche Befreiung der deutschen Politik aus dem erwähnten Circulus vitiosus wie überhaupt für die Eigenart ihrer Möglichkeiten und Bedingungen ist die zweite Phase der Marokkoaffäre besonders charakteristisch. Diese zweite Phase, welche als ihre Liquidation bezeichnet werden kann, beginnt mit dem deutsch-französischen Marokkoabkommen vom Februar 1909.¹²⁾ Durch dieses Abkommen versprach die deutsche Politik auf der Basis der Akte von Algeciras die politische Aktion Frankreichs in Marokko nicht zu behindern, wogegen Frankreich die wirtschaftliche Gleichberechtigung Deutschlands und die Berücksichtigung seiner ökonomischen Interessen zusagte. Durch diesen Vertrag versuchte die deutsche

Politik die marokkanische Frage aus der europäischen Politik auszuschneiden und sich ihrer Rückwirkung auf die kontinentale Restitution zu entledigen. Die marokkanische Frage hatte gleichsam ein Netz über die deutsche Bewegungsfreiheit geworfen. An diesem Netz suchte man sich zu befreien. Es ist gar kein Zweifel darüber, daß dieses Abkommen den Rückzug oder die Fortsetzung des Rückzuges bedeutete, den Deutschland auf der Konferenz von Algier angetreten hatte. Wenn sich später herausstellte, daß dieser Rückzug kein vollständiger war, sondern in der Berufung auf die Akte von Algier eine mögliche Wiederaufnahmestelle in sich enthielt, so kann doch nicht behauptet werden, daß dieser Rückzug schon damals nur ein Scheinmanöver war und die deutsche Politik mit einer zukünftigen Wiederaufnahme rechnen konnte. Das Abkommen erwies sich als eine richtige Berechnung. Europa fühlte sich erleichtert. Der marokkanische Druck war von der deutschen Politik gewichen. Es wurde eine Transaktion mit Rußland möglich, durch welche gegen Anerkennung der russischen Besitzungsstellung in Nordpersien, Rußland seinen Widerstand gegen die Bagdadbahn aufgab und ein deutsch-russischer Streitpunkt auf der Welt geschafft wurde. Die diplomatische Einkreisung, welche sich an der Marokkoaffäre bewährt und erhalten hatte, war durchbrochen. Nunmehr konnte die deutsche Politik den Versuch wagen, die marokkanische Frage wieder aufzunehmen und zum mindesten eine günstige Liquidation durchzusetzen. Dieser Versuch mußte, wenn nicht infolge einer solchen Wiederaufnahme die gleiche Rückwirkung auf Europa sich wieder einstellen sollte, zu einer kurz und vollständigen Liquidation führen. Das Unternehmen wäre nicht gelungen, wenn nicht die französische Politik in der Behandlung der marokkanischen Wirren einen entscheidenden Fehler gemacht hätte. Sie verstand nicht zu warten. Hätte sie zu warten verstanden, so wäre ihr Marokko, ohne daß Deutschland Gelegenheit gefunden hätte, Entschädigungsansprüche zu stellen, langsam aber sicher in den Schoß gefallen. Sie unternahm eine Expedition nach Fez, das zwar zu erreichen, aber nicht wieder zu verlassen war. Die militärische Okkupation der Hauptstadt aber verletzte die Grundbestimmungen der Akte von Algier, welche die Bas

des Februarabkommens bildeten, und gab so der deutschen Politik die Freiheit des Handelns zurück. Die Entsendung zweier Kriegsschiffe nach Agadir zum Schutz der dort bedrohten Deutschen war rechtlich unanfechtbar. Frankreich wurde vor die Wahl gestellt, Deutschland auf dem Wege der Gewalt oder der friedlichen Verständigung aus Südmarokko zu entfernen. Im ersteren Fall wäre das Odium des Krieges auf die Republik gefallen. Frankreich wählte den zweiten Weg. Es ist bekannt, wie sehr die langwierigen Verhandlungen Europa erschüttert haben. Schließlich erhielt Frankreich das Protektorat über Marokko gegen die Sicherung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko und eine quantitativ bedeutende, qualitativ zum Teil umstrittene Gebietsabtretung am Kongo. Zieht man die vorige Entwertung der marokkanischen Aktie in Betracht, so muß gesagt werden, daß Deutschland in letzter Stunde noch eine unverhältnismäßig günstige Liquidation erreichte.

Aber mit welchem Aufwand an Mühe und diplomatischen Mitteln, unter welchem Risiko war dies ermöglicht worden! Dieses Kapitel deutscher Weltpolitik illustriert wie kein anderes die Eigenart der weltpolitischen Situation des Reiches, die Begrenztheit seiner Expansionsmöglichkeiten, die Verflechtung der Weltpolitik mit Kontinentalpolitik, die Kompliziertheit der Faktoren, mit denen eine deutsche Weltpolitik zu rechnen hat. Alle diese Schwierigkeiten entspringen in einer geographischen Situation, welche große Kräfte fesselt und die Bewegungsfreiheit hemmt, daher denn Deutschland, um Weltpolitik treiben zu können, einer ungeheuren Entfaltung realer Machtmittel bedarf.

An dieser Marokkoepisode aber läßt sich des weiteren die Entwicklung aufzeigen, welche der politische Geltungsdrang des deutschen Volkes seit der Reichsgründung genommen hat, und zwar nicht nur seine Zunahme an Intensität, sondern auch sein Mangel an Urteil und Zielsicherheit. Dieser Seelenzustand der Nation in bezug auf die Weltpolitik und sein Verhältnis zu den oben erwähnten Bedingungen und Schwierigkeiten weltpolitischer Betätigung charakterisiert die Eigenart der deutschen Weltpolitik.

Es ist leicht, und daher kaum nötig, nachzuweisen, daß der politische Lebensdrang des deutschen Volkes seit der Reichsgründung stark und ununterbrochen gewachsen ist. Sein Wachstum hat Schritt gehalten mit dem Wachstum der Interessen — ja, wenn man Gefühle zahlenmäßig messen könnte, müßte man wahrscheinlich sagen, er sei ihm vorausgeeilt. Der deutsche Nationalismus schäumt heute auf, wenn Gebiete, in denen es nennenswerte deutsche Interessen noch kaum gibt, einem zukünftigen deutschen Einfluß entzogen werden und zeigt, daß auch dem kosmopolitischsten aller Völker jene Grenzenlosigkeit des Strebens, welche das Wesen des Nationalismus ausmacht, nicht fremd ist.

Dieses Wachstum der nationalen Empfindung können wir überall konstatieren, wo immer wir Äußerungen des politischen Denkens aus den zwei ersten Jahrzehnten nach der Reichsgründung mit solchen aus der Gegenwart vergleichen. Am augenscheinlichsten ist wohl das Zeugnis, das der Umschwung der Haltung ableitet, die die politischen Parteien und Zeitungen gegenüber den nationalen Forderungen einnehmen. Die Kämpfe, welche die Militärvorlagen der achtziger Jahre hervorriefen, sind heute undenkbar. Keine der bürgerlichen Parteien kann es mehr wagen, eine Verstärkung der militärischen Machtmittel, die die Regierung im Interesse der auswärtigen Position des Reiches für notwendig erklärt, abzulehnen; selbst die Sozialdemokratie, welche, durch ihr Programm gefesselt, natürlich Gegner bleibt, muß in der Zurückhaltung solcher Forderungen eine gewisse Vorsicht und Zurückhaltung üben und leugnet nicht, daß sie, wenn es über eine solchen Frage zu Neuwahlen kommt, einer empfindlichen Niederlage sicher ist. Das heißt nichts anderes, als daß der nationale Drang heute nicht mehr nur das Empfinden der Gebildeten, der Adels oder des städtischen Bürgertums beherrscht, sondern das Volk selbst, unaufhörlich wachsend, lebendig ist und auch da, wo er zu fehlen scheint, nur schlummernd auf den Ruf der Ereignisse wartet.

In keiner Zeit, zu keinem Anlaß hat die deutsche Regierung so heftige und leidenschaftliche Angriffe erfahren, als während der Marokkoangelegenheit und insonderheit während der Phase die

Angelegenheit, welche als ihre endgültige Liquidation bezeichnet werden kann. Die Entsendung zweier Kriegsschiffe nach Agadir hat auf den deutschen Nationalismus wie ein Weckruf gewirkt. Diese Kreise fühlten sich aus einer erzwungenen Passivität, in der Deutschland den weltpolitischen Fortschritten anderer Nationen neidisch zusehen sollte, selbst aber keine auf der Landkarte aufzeigbaren Fortschritte aufzuweisen hatte, zu dem endlichen Gebrauch ihrer Kräfte, deren Überlegenheit sie sich bewußt waren, gerufen. Man glaubte, die Regierung hätte nun endlich eingesehen, daß Deutschland das reiche Land, in dem man Milch und Honig fließen sah, nicht in die Hände des frechen Frankreich fallen lassen könne und ginge daran, es ihm im letzten Momente abzuja-gen. Als man dann erfuhr, daß die Regierung nichts weiter als eine leidliche Liquidation der leidigen Affäre durchsetzte und, wie wir annehmen müssen, durchsetzen wollte, war man enttäuscht, niedergeschlagen, fühlte sich betrogen. Die Leitung der auswärtigen Politik wurde mit einer Leidenschaft angegriffen, welche noch wenige Jahre früher bei einem solchen Anlaß undenkbar war und deren Maßlosigkeit alle Grenzen gesunder Vernunft überschritt.

Diese Maßlosigkeit charakterisiert den Seelenzustand, in welchem sich die nationalistische Bewegung des modernen Deutschland befindet. Es hat etwas Rührendes und zugleich elementar Gewaltiges, wie dieses junge, zur politischen Einheit gelangte Volk nach Jahrhunderten von Zerrissenheit, Fremdherrschaft und politischem Leid nun von der Sehnsucht zur Macht gepackt und seiner selbst innegeworden, den kosmopolitischen Schlaf und die Erinnerungen des Alschensbrödel abschüttelnd, über die Meere drängt. Aber gerade dieses Überwiegen des gefühlsmäßigen Charakters in dem deutschen Nationalismus zeigt, wie viel dieser unpolitischen Nation noch zu jenen Eigenschaften fehlt, welche die großen weltpolitischen Völker aller Zeiten besessen haben und besitzen mußten. Leidenschaft allein hat zu keiner Zeit ausgereicht. Der deutsche Nationalismus hat noch ein wenig von den Manieren eines jungen Hundes an sich, der, linkisch und schwerfällig, noch nicht weiß, wie er die noch ungelentken Glieder gebrauchen und wann er bellen soll. Der

politischen Leidenschaft fehlt der politische Sinn. Das ist n
erstaunlich, woher sollte er kommen? Er setzt die Tradition vor
und eine lange Geschichte. Er wird in Generationen erworben, i
die heutige Generation ist die erste in der Geschichte des deutsche
Volkes, die vor weltpolitische Aufgaben gestellt wird. Der deut
Nationalismus ist noch nicht frei von den Manieren des Emp
kömmlings; er hat da und dort noch Einschlüge von Neid und Ress
timent, welche beide schlechte Berater sind. Er sieht mehr auf
Außerlichkeit als auf das wahre Wesen, hat einen Glauben
die Gewalt, die wohl genügt, um zu erwerben, aber nie, um
bewahren, was sie erworben hat, weiß nicht, daß die Dinge rei
müssen und daß Geduld eine der ersten politischen Tugenden
sondern hat die begreifliche Ungeduld eines Volkes, das, Ja
hunderterte getreten, hat warten müssen und zu wachsen angefang
hat, als die anderen den Hauptteil des Besitzenswerten bere
besaßen. Der deutsche Nationalismus sah Marokko durch i
Novemberabkommen des Jahres 1911 im Meer versinken u
warf der Regierung vor, daß sie es abgelehnt hatte, um i
Besitz dieses Landes einen Krieg gegen Frankreich und Engla
zu führen. So argumentiert Leidenschaft und Ungeduld; k
rechnender Verstand muß sich sagen, daß auch die französif
Herrschaft Marokko nicht vom Erdboden verschwinden mach
kann, daß, wenn ein siegreicher Krieg Voraussetzung seines (e
werbes ist, dieser Krieg auch später und unter aller menschlich
Voraussicht nach günstigeren Bedingungen, also mit mehr Ausfi
auf Erfolg gekämpft werden kann und dann neben anderem i
befriedetes, also ein besseres Marokko als Siegespreis win
Gegen eine solche Argumentation ist vom Standpunkt auch i
leidenschaftlichsten Nationalismus nichts einzuwenden. Und doch k
keine der reichsdeutschen Zeitungen, die sich so verzweifelt gebärde
so argumentiert. Auch über den überaus verwickelten Zusam
hang, in welchem für die deutsche Politik Weltpolitik und Re
tinentpolitik stehen, über die Grenzen und Rücksichten, wel
dieser Zusammenhang ihr auferlegt, sind sich die deutschen N
tionalisten nicht klar. Sie sind sich klar nur über ihren Willen z
Macht und weltpolitischen Geltung.

Wenn wir uns der in dem ersten Kapitel getroffenen Unterscheidung zwischen einem extensiven und einem intensiven Nationalismus erinnern, so wird nicht zu leugnen sein, daß die nationalistische Bewegung in Deutschland, wie übrigens in allen europäischen Ländern, vornehmlich extensiv ist. Das ist nicht weiter erstaunlich, denn die erklärten Nationalisten sind überall gerade die Partei und die Gruppe, welche die extensive Komponente des nationalen Lebensdranges vertreten. Der intensive Nationalismus ist ja seinem Wesen nach überall mehr kulturell als politisch gerichtet und spielt deshalb in dem politischen Leben der Nationen nicht die gleiche Rolle. Was aber eigenartig ist und in gewissem Sinne das Zeitalter charakterisiert, also der Hervorhebung bedarf, das ist, daß die extensive Komponente in unserer Zeit überall die stärkere zu sein scheint als die intensive. Das trifft nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle anderen Länder zu, mag aber hier an dem Beispiele Deutschlands aufgezeigt werden.

Man spricht und schreibt viel mehr von einer Ausdehnung der deutschen Macht als von einer Vertiefung und inneren Bereicherung des deutschen Wesens. Man mißt mit Zahlen die wirtschaftliche Expansion und vergißt, sich zu fragen, ob diesem Wachstum in die Breite auch ein Wachstum in die Tiefe entspreche, ob sich das deutsche Wesen vertieft oder nicht etwa verflacht habe. Es wäre vielleicht leicht, durch einen Vergleich mit der kulturellen Blüte des deutschen Geistes und der deutschen Empfindung in früheren Zeiten nachzuweisen, daß das letztere der Fall ist und die Zeit eines ungeheuren Aufschwungs auf wirtschaftlichem Gebiete die Zeit einer kulturellen Verflachung sei. Es trifft ein solcher Nachweis nicht nur auf Deutschland, sondern auf alle Länder zu und charakterisiert bis zu einem gewissen Grade das Zeitalter. Die großen geistigen Konzeptionen, an denen die Eigenart der Völker und ihrer Kulturen sich gebildet hat, gehören früheren Zeiten an; unsere Zeit hat keine aufzuweisen, durch die das innere Wesen der Völker sich umgeformt, weitergebildet, vertieft hätte.

Das Problem als solches gehört nicht in den Rahmen dieser Darstellung. Aber die indirekten Folgen dieser Entwicklung greifen auf

das weltpolitische Gebiet über. Es ist möglich, daß es sich bei die Erscheinung um eine vorübergehende Folge einer Zeit ungeheurer äußerer Bewegung, die alle Kräfte absorbiert, handelt, und daß die Nationen über kurz oder lang das Wachstum in die Tiefe wenn man so sagen kann, wieder aufnehmen. Dann wird vielleicht diese Umkehr als vornehmliches Interesse zunächst auf Extensität des Nationalismus dämpfend wirken, letzten Endes aber in einer Akzentuierung der Volkspersönlichkeiten ihm schließlich später nur noch größere Kraft zuführen. Es ist ferner möglich, daß es sich um keine vorübergehende, sondern um eine dauernde Erscheinung handelt, die nur eben erst sich zu entwickeln begonnen hat. In diesem Falle erhält das Problem weltgeschichtliche Bedeutung. Es ist klar, daß, wenn wir das organische Volk, sein Wachstum und Schicksal mit dem Leben des Baumes vergleichen, die Kultur, ihre Kraft und Eigenart, die Rolle spielt, die diesem Leben des Baumes den Wurzeln zukommt. Wurzeln und Äste müssen organisch wachsen — bleiben die Wurzeln zurück so werden auch die überentwickelten Äste den Untergang des Baumes nicht aufhalten, ja ihn beschleunigen. Dies ist nur ein Gleichnis und wie alle Gleichnisse schief und unzutreffend. Alles unterliegt doch keinem Zweifel, daß überall und immer in der Geschichte der Niedergang der Völker mit dem Niedergang ihrer Kulturen begonnen hat. Das, was die Völker im innersten zusammenhält, ihnen das unendliche Streben gibt und den Völkern genossen befähigt, über seine eigenen Interessen hinaus im Dienste einer überindividuellen Pflicht zu arbeiten, ja sein Leben an Erfüllung solcher Pflichten zu setzen, das ist nicht der bloße Zusammenhang allein, es ist die bewußte oder unbewußte Idee in welcher das Wesen des Volkes sich investiert hat, der Glaube an ein Höheres, welches gerade in seinem Volke lebt und zu erfüllen soll. Ohne diesen Glauben ist jeder Nationalismus verurteilt.

Ein Niedergang der kulturellen Vertiefung bedeutet nicht anderes als den Verfall dieses Glaubens. In diesem Sinne hängt das Schicksal des englischen Weltreichs an der Frage, ob jene religiös politische Idee, die der Pflichtglaube der Puritaner ei-

geschaffen hat, und die das alte England beherrscht und groß gemacht hat, in dem neuen sich wird halten können oder durch eine neue Konzeption des Ideals wird ersetzt werden können. In dem gleichen Sinne hängt das Schicksal Deutschlands an der Frage, ob der alte Idealismus in der neuen Gestaltung der äußeren Dinge sich wird halten und eine neue Form wird finden können. Wenn es aber richtig ist, daß überall die Kultur der Völker sich verflache, an Tiefe und innerem Gehalt verliere, dann ist damit gesagt, daß auch der Quell zu versiegen beginne, aus dem die Nation als überindividueller Organismus die ewige Lebenskraft trinkt — und dann halten wir in dem Beginn einer solchen Entwicklung den Beginn einer Dämmerung des Nationalismus selbst. Dann heißt das nichts anderes, als daß die Nationen aufhören, die Träger der Ideen zu sein, und dann wären sie, da das Streben der Menschheit ein ewiges und unendliches ist, bestimmt, abgelöst zu werden vielleicht von Organismen anderer Art, in welchen sich die Ideen dann investieren, und wenn diese Organismen quer gelagert wären, würde auf das Zeitalter des Nationalismus ein Zeitalter eines neuen Kosmopolitismus folgen. Aber selbst wenn die alten Völker wirklich niedergehen, wird eine solche Entwicklung immer vorübergehend sein und nie die ganze Erde umspannen, denn andere junge Völker harren noch der Reife, ja der Geburt, der Schoß der Erde wird nicht unfruchtbar werden; die nationalen Organismen haben sich immer jeder kosmopolitischen Bewegung gegenüber als das stärkere Lebensprinzip erwiesen, und wie es immer war, wird es auch in Zukunft sein.

Wir kommen nach dieser spekulativen Abschweifung auf Deutschland zurück, um zusammenfassend die Eigenart des Faktors zu kennzeichnen, den das Deutsche Reich für das Getriebe der Weltpolitik bedeutet. Ein junges Volk von enormer Arbeitskraft und Tüchtigkeit mit schnell wachsender Bevölkerung ist zur Aktivität erwacht. Es macht ungeheure Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiete, seine Interessen erweitern sich und greifen über die Meere. Äußere Notwendigkeit und innerer Lebensdrang zwingt es zur Weltpolitik. Eingezwängt in ungünstige Grenzen, bedarf es zur Verteidigung großer Machtentfaltung, ist in seiner weltpolitischen

Bewegungsfreiheit vielfach gehemmt. Es muß um seiner weltpolitischen Freiheit willen zu Hause gegen alle Eventualitäten gesichert sein. Es kann sich die noch offenen weltpolitischen Betätigungsgebiete nicht verbauen lassen. Ein Versuch einer solchen Verbauung wird, vielleicht von vorübergehendem Erfolg begleitet, auf die Länge an seiner realen Macht wie an seinem gewaltigen Lebensdrang scheitern.

8.

Unter ganz anderen Verhältnissen und Lebensbedingungen hat sich die Entwicklung der größten außereuropäischen Weltmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika, vollzogen. Wer die Eigenart ihres Nationalismus und ihrer Weltpolitik verstehen will, muß auf die europäische Brille verzichten.

Zunächst handelt es sich hier um eine Nation, deren Bildung noch nicht abgeschlossen ist. Die europäischen Völker sind ihr gegenüber feste, von einer langen Vergangenheit geformte Typen. Auch ihre Eigenart bildet sich weiter und mag sich wandeln, aber ihre inneren Möglichkeiten sind vorgezeichnet und begrenzt, ihre Umrisse fester. Den Kristallisationskern der amerikanischen Nation bildeten die englischen Einwanderer des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts. Um ihre Ideenwelt, ihre Sitten, ihren Gottesglauben, ihre Fähigkeit und Organisationsbegabung hat sich die übrige und spätere Einwanderung herumgelagert. Der Typus der sich durch die Mischung bildete, ist zwar ein wesentlich andere geworden, hat aber doch eine große Verwandtschaft mit den Engländern: und diese Verwandtschaft wird durch die Sprache gehalten, die das Engländerum der neuen Nation gab. Was indes für das Verständnis der amerikanischen Nation von heute und ihre inneren Probleme von größter Bedeutung ist, ist die Erkenntnis, daß die Bildung eines amerikanischen Typus, eines spezifisch neuen Menschenideals auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Die ungeheure Vermehrung der Einwanderung im neunzehnten Jahrhundert, ein starker Einschlag deutschen und irischen Blutes, dann die enorme wirtschaftliche Entwicklung, welche immer neu Möglichkeiten schnell wechseln ließ, haben die Konsolidierung un-

ruhige innere Entwicklung eines amerikanischen Menschentypus erschwert. Die Ansätze sind überall da; in der Phraseologie des politischen Lebens scheint der Begriff des amerikanischen Bürgers, seiner Sitten und Anschauungen festzustehen; aber wenn man näher zusieht, scheint er doch erst im Umriss vorhanden. Der Präsident Roosevelt hat im Jahre 1894 in einer Schrift über den „wahren Amerikanismus“ gezeigt, was da alles noch schwankend und unklar ist. Seine Schrift ist eine Philippika gegen die europäischen Neigungen und Vorlieben der alten Amerikaner, gegen die Neigung der Neueingewanderten, an ihrem Geburtsland mit ihren Erinnerungen kleben zu bleiben. Er predigt den Amerikanismus. Aber er zeigt selbst, ohne es zu wollen, die Wurzel aller Unsicherheit. Er muß den Amerikanismus definieren, den er predigt. Was er da Positives sagt, sind indes nur Selbstverständlichkeiten, die für jede nationale Idee gelten. Was er Negatives sagt, ist nur die Verurteilung jener Schwankungen und Unsicherheiten. Kein nationales Ideal läßt sich negativ bestimmen. Ideale bedürfen eines positiven Gehalts, um wirksam zu sein. Natürlich hat auch das amerikanische Menschenideal einen durchaus positiven Inhalt. Aber gerade er ist eben noch in der Bildung begriffen und schwankend. Es fließt in ihn viel ein von dem Idengehalt der amerikanischen Verfassung, deren Grundsätze für den Amerikaner eine Art Bibel sind. Der freie Bürger, das sich selbst regierende, allen offene Volk, der freie Glaube, die Menschenrechte, der Stolz, der aus diesem Glauben fließt, und die Pflichten tüchtigster Selbstbewährung, die er auferlegt, der vorwärtsgewandte Blick, die ungeheuren Möglichkeiten, die das weite Land der tätigen Schaffensfreude bietet — alles das sind positive Elemente des Amerikanismus. Sie sind herausgewachsen aus den Anschauungen der altenglischen Einwanderer, die das freie Amerika begründet haben. Sie haben Besitz von den späteren Einwanderern germanischer Rasse ergriffen.

Und doch: der freien Entfaltung und dem weiteren Ausbau dieses Ideals trat später und tritt heute manches in den Weg. Zunächst die tatsächliche Entwicklung der wirtschaftlichen und infolgedessen der politischen Verhältnisse.

Seit Unbeginn der Welt ist das Ideal der Freiheit und aller Streben nach ihr mit einem tragischen Schicksal behaftet. Sie wird am Ende die Geister nicht los, die sie rief. Sie gebärt sich Kinder, die die Neigung haben, die Mutter zu erdroffeln. Unter ihrem Schutze und durch sie der ewig schöpferischen Menschennatur entlockt, entstehen Gebilde einer neuen Macht, die, unerfättlich wie jede Macht, schließlich die Freiheit der anderen gefährdet. Die Befreiung des wirtschaftlichen Lebens von allen Fesseln früherer Jahrhunderte hat überall in der Welt das wirtschaftliche Leben zu ungeheurer Entfaltung gebracht. Aber überall sind aus dieser Entfesselung neue Bindungen hervorgegangen. Man hat die Freiheit der Konkurrenz und die Freiheit der Vertragsschließung stabilisiert und muß nun wahrnehmen, wie aus der Freiheit der Vertragsschließung neue Gewalten hervorgehen, die die Freiheit der Konkurrenz, mag sie auch theoretisch und in den Gesetzen des Staates und den wirtschaftlichen Ideen der Menschen noch bestehen, praktisch nicht nur bedrohen, sondern längst auf einigen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens vernichtet, auf anderen eingeschränkt haben. In keinem Lande ist die Entwicklung so sichtbar geworden und so fortgeschritten wie in Amerika. Das Problem der Trusts ist zum Angelpunkt der inneramerikanischen Politik geworden. Wir können es in diesem Rahmen nicht behandeln, müssen aber doch, trotz seiner großen Schwierigkeit, seine Erwähnung, da seine Folgen für das amerikanische Menschenideal mithin für die weltpolitischen Möglichkeiten des Amerikanismus von größter Bedeutung sind. Aus dem Geist des amerikanischen Bürgertums, der Verfassung und den ideellen Grundlagen des amerikanischen Lebens heraus muß der Staat einen Kampf gegen die neuen Gewalten führen, die in den Trusts herangewachsen sind. Er muß ihn führen, wenn er sich nicht diesen Gewalten selbst ausliefern will; in dem Kampf des Staats gegen die Trusts kämpft die alte Freiheitsidee des amerikanischen Volkes den Kampf für sich selbst. Die Inhaber der Staatsgewalt werden durch die öffentliche Meinung gezwungen, den Kampf gegen die Trusts zu führen oder wenigstens zu versprechen. Die Abneigung gegen die Trusts spielt bei den Wahlen eine ausschlaggebende Rolle. De

Rampf ist aussichtslos, ja, er kann nur mehr zum Schein geführt werden. Die Macht der Trusts über den Staat ist größer als die Macht der trustfeindlichen Wähler — die Trusts beherrschen die Realität, die Trustfeindschaft nur mehr den Schein. Die Trusts beherrschen die Wahlen, die unter der Parole der Trustfeindschaft gefochten werden. Hier offenbart sich die Tragik der demokratischen Freiheit: die Freiheit wird schließlich zu einer Welt schöner Scheinbarkeit, in die sich die Macht wirtschaftlicher Gewalten verkleidet. Wir stehen heute mitten in dieser Entwicklung, lesen von Prozessen und Programmen gegen die Trusts, von Untersuchungen und Verurteilungen, sehen zwar, daß die Machthaberschaft der Trusts da und dort die Methoden ändert, sehen aber nirgends, daß sie irgendwie erschüttert oder gebrochen würde.

Es ist offenbar, daß diese Entwicklung hinter die amerikanische Freiheitsidee ein Fragezeichen gesetzt hat. Dieses Fragezeichen ist ihr Einfluß auf das amerikanische Menschheitsideal, auf die Möglichkeiten des nationalen Typus. Die Bildung dieses Typus wird dadurch unterbrochen, aus den alten Bahnen in neue abgelenkt. Es ist heute beinahe unmöglich, die Bedeutung dieser Entwicklung, die sich in der Gegenwart vollzieht und erst in der Zukunft in einer weiteren Perspektive sichtbar werden wird, zu übersehen. Wenn wir indes, trotz der materialistischen Neigungen des Zeitalters, die Lehre der Geschichte festhalten, daß, wo immer eine Weltherrschaft gegründet wurde und von Dauer sein sollte, der Glaube an ein Menschheitsideal die Vorbedingung war, die erst die Gewalt zur Macht organisieren kann und ohne die alles zerbröckelt, dann müssen wir auch die Frage nach der ferneren weltpolitischen Zukunft der Vereinigten Staaten abhängig denken von der Frage, ob die Ansätze positiven Menschheitsideals jenseits der Atlantik sich entfalten oder verkümmern werden.

Dieser Tragödie der wirtschaftlichen Freiheit entspricht eine Tragödie der politischen Freiheit. Beide hängen ursächlich aufs engste zusammen und bilden einen Prozeß. Es ist die Krise des Repräsentativsystems, welche wiederum zwar nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt, aber in ihnen am weitesten fortgeschritten ist. Diese Krise berührt ein anderes Element des alten

amerikanischen Ideals, die Selbstregierung des souveränen Volke. Auch hier scheint, was früher Wahrheit war, auf dem Wege zu Scheinbarkeit zu sein. Aus den Strömungen im Volke wachsen die Parteien, als Vertreter dieser Strömungen und Meinungen hervor. Aber auch der gläubige Anhänger der demokratischen Dogmen kann nicht leugnen, daß die so entstandenen Parteien, gewaltigen Organisationen geworden, sich verselbständigt und vom Boden gelöst haben, auf dem sie entstanden. Die Partemaschine wird zur selbständigen Macht. Wenn sie auch nicht unabhängig ist von den Strömungen im Volke, so ist sie doch nicht mehr deren getreuer Ausdruck; sie ist so mächtig und groß geworden, daß, wenn sie sich im Gegensatz zu den Strömungen im Volke befindet, nicht mehr von selbst eine Konkurrenz entsteht oder ohne weiteres leicht hin aus dem Boden gestampft werden kann. Die Herrschaft über die Strömungen im Volk ist selbst zu einer komplizierten Kunst geworden, welche die Scheinbarkeit handhabt, an denen überall die öffentliche Meinung hängt. An der Stelle des unabhängigen Wählers, der zur leeren Konstruktion herabzusinken droht, tritt der Techniker der Wahlmache; und wenn die Stimmung des Wählers noch Einfluß hat auf die Programme der Parteien, so ist sie doch ohne Einfluß auf ihre Handlungen und daß die Programme der Parteien mit ihren Handlungen übereinstimmen, ist ein Glaube, der der Vergangenheit angehört. Dieser Krise des Repräsentativsystems entspringen die Erfolge der Idee des Referendums, welches überall in den einzelnen Staaten und Kommunen siegreich vordringt, über dessen schließlichen Sieg und seine mögliche Wirksamkeit heute indes noch nicht geurteilt werden kann.

Diese innere Entwicklung, sagten wir, hat die ideelle Entfaltung und Festigung des amerikanischen Typus erschwert und zu einem Problem der Zukunft gemacht. In derselben Richtung wirkte die spätere Entwicklung der Einwanderung.

Dabei wirken zwei Momente zusammen. Die Einwandererscharen, die nach der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts nach den Vereinigten Staaten geströmt sind, sind im allgemeinen schwere als die früheren, von ihrer Heimat zu lösen. Sie entstammen

einer Zeit, in der die nationalen Tendenzen in dem alten Europa schon erstarrt waren; sie haben die nationale Stimmung ihres Ursprungslandes mitgenommen, und der Puls der Heimat schlägt in ihnen weiter. Sie setzen der restlosen Amerikanisierung einen größeren Widerstand entgegen und erschweren so die Vereinheitlichung des amerikanischen Volkes. Sie werden Amerikaner und bleiben doch Deutsche, Engländer, Iren, und so entsteht an Stelle des einheitlichen Amerikanertums der Typus des Deutsch-Amerikaners, des Anglo-Amerikaners, des Irisch-Amerikaners. An Stelle des Einen Typus entsteht eine Vielgestaltigkeit von Typen, die, wenn sie auch durch das gemeinsame Amerikanertum gebunden sind, doch im Rahmen dieser Gemeinsamkeit vielfach divergieren. Gegen diese Erscheinung zieht Roosevelt in der oben angeführten Schrift gegen den Amerikanismus zu Felde: „Wir heißen den Deutschen, den Iren willkommen, der Amerikaner werden will, aber wir können keinen Fremdling gebrauchen, der nicht von seiner Nationalität lassen will. Wir brauchen keine Deutsch-Amerikaner und Irisch-Amerikaner, die eine besondere Schicht in unserem politischen und gesellschaftlichen Leben bilden wollen. Wir können nichts anderes gebrauchen als nur Amerikaner, und wenn sie das ganz sind, dann kann es uns gleich sein, ob sie deutscher oder irischer Abkunft sind. Es ist in unserem gesunden amerikanischen Gemeinwesen kein Platz für einen deutsch-amerikanischen oder irisch-amerikanischen Stamm.“

Wie indes jeder, der die Entwicklung der inneren Verhältnisse der Vereinigten Staaten daraufhin prüft, ohne Mühe sehen kann, helfen derartige Appelle nichts: die Rolle, die die Stammesorganisationen bei den Wahlen und sonst im öffentlichen Leben des Staates spielen, hat an Bedeutung zugenommen. Durch diesen innerhalb des amerikanischen Volkes bestehenden Partikularismus greifen die europäischen Differenzen auf das innere Leben der Vereinigten Staaten über, vor allem eine Differenz: die deutsch-englische. In Zeiten gespannter deutsch-englischer Beziehungen und heftiger Preßfehden zwischen der deutschen und der englischen Presse wird ein Teil dieses Preßkampfes in der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten ausgefochten, wobei die Fehden

zwischen deutsch-amerikanischen und anglo-amerikanischen Zeitungen an Heftigkeit hinter den Fehden der deutschen und englischen Blätter in Europa nicht zurückbleiben. Es wäre sogar ein leichtes aus zahlreichen Beispielen der letzten Jahre nachzuweisen, daß der Streit in Amerika heftiger tobt als in Europa.

Faßt man diese Entwicklung unter einer allgemeineren Perspektive, so sieht man die Geschichte um eine Lösung eines interessanten und seltenen Problems ringen: die Neubildung einer Nation in Zeiten der Neubelebung der alten Nationen, aus denen die neue sich bilden soll. Es scheint, als ringe hier eine Zukunft, die nicht recht entstehen kann, mit einer Vergangenheit, die immer lebendiger wird. Will man diesen Gedankengang über Gebühr pressen, so könnte man sagen, Amerika sei um hundert Jahre zu spät daran; die Bildung des neuen Volkes hätte vor der Bewußtwerdung der europäischen Nationalismen beendet sein müssen.

Schließlich fällt aber dies Problem und seine Schwierigkeiten kaum ins Gewicht gegen eine andere schwerere Frage, vor die ein anderer Faktor in der Geschichte der Vereinigten Staaten die Idee der amerikanischen Nation gestellt hat.

Dieser andere Faktor ist die Tatsache, daß die germanische Einwanderung so gut wie aufgehört hat, an ihre Stelle aber eine enorme romanische und slawische getreten ist. Die germanische Einwanderung war immerhin im Grunde homogen; wenn sie sich auch nicht ganz dem alten Amerikanertum assimilierte, so doch zu größtem Teil und in den wesentlichsten Punkten, und das, ohne die ideellen Grundlagen des bisherigen Amerikanismus zu gefährden; gelang ihre vollständige Verschmelzung nicht sofort, so war sie doch nicht hoffnungslos. Die neue Einwanderung aber bringt Elemente, welche nicht nur unter sich, sondern auch dem bisherigen Amerikanertum vollständig heterogen sind. Nichts verbindet sie mit der amerikanischen Ideenwelt. Die Zahlen sprechen über die Bedeutung dieser Verschiebung eine deutliche Sprache. Die Entwicklung hat erst angefangen, diese Richtung einzuschlagen, und doch macht sie schon heute, neben der Trübsfrage, das schwierigste Problem der inneren Politik der Vereinigten Staaten aus. Nach der Veröffentlichung des Zensusamts über die Resultate der Volk-

zählungen von 1900 und 1910 stellt sich die Verschiebung für Neuport wie folgt dar: Im Jahre 1900 bildete die fremdgeborene Bevölkerung ein Drittel, 1910 40% der Gesamteinwohnerschaft. Sie betrug 1910 1 927 000 gegen 1 260 000 im Jahre 1900. Unter diesen Fremdgeborenen standen 1900 die im Deutschen Reich geborenen an erster Stelle. 1910 sind die Deutschen von den Russen und Italienern überflügelt worden. In Rußland sind 483 580 Neuporter geboren, darunter zum mindesten zwei Drittel Juden. Dann folgt Italien mit 340 524, Deutschland mit 279 242, Irland mit 252 528, Österreich (zum größten Teil Slawen und Juden) 193 203, England mit 101 217 und Ungarn (darunter ebenfalls viele Slawen und Juden) mit 73 336. Wenn auch diese Neuporter Zahlen nicht für das ganze Land gelten, so zeigen sie doch die Richtung an, in der die Entwicklung geht. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur den germanischen Grundcharakter der Blutmischung und das Vorwiegen des angelsächsischen Menschentypus, sondern ebenso die protestantische Grundlage der amerikanischen Ideenwelt, also neben der Einheit der Rasse die ideelle Einheit. Der Religion nach sind die Neueingewanderten zum größten Teil Katholiken, Russisch-Orthodoxe, Juden. In Boston, dem geistigen Hauptsitz des protestantischen Lebens, sind jetzt 52% Katholiken. Dazu kommt, daß auch diese romanischen und slawischen Neueinwanderer ihren bewußten Nationalismus in die Neue Welt mitgebracht haben, ihre Erinnerungen nicht mehr aufgeben, Gruppen bilden und Fremdkörper bleiben.

Die amerikanische Regierung hat ebenso wie die geistigen Führer der Nation die in dieser Entwicklung liegende Gefahr längst erkannt. Ihre jüngste Politik in der Einwanderungsfrage stellt einen Versuch dar, diese Entwicklung zu korrigieren. Man stellt wachsende Anforderungen an die Einwanderer und macht neuerdings ihre Zulassung nicht nur von einem Minimum an finanziellen Mitteln, sondern auch von dem Nachweis des Besitzes der Schreibkunst abhängig, und will Analphabeten nicht mehr zulassen. Ob diese Vorschriften, die sich nur gegen die slawische und romanische Einwanderung, nicht aber gegen die germanische richten, viel helfen werden, steht dahin. In diesem Chaos von

Wirren kommt dann noch das alte, aber auch heute noch unlöste Problem der Negerfrage. Da aber das prozentuale Verhältnis der Neger zu den Weißen abnimmt, so belastet die Problem die Zukunft nicht in höherem Grade als die Vergangenheit und Zukunft und kann für die Zwecke dieser Betrachtung außer acht bleiben.

Wird das amerikanische Leben diesem Wirrwarr der Rassen gegenüber die innere Einheit und Gemeinsamkeit der ideellen Grundlagen, soweit es sie schon hatte, wahren, soweit sie ihm noch fehlte, erringen können? Das ist das Problem des amerikanischen Nationalismus. Millionen zusammengewürfelter Menschen bilden, selbst wenn die Einheit eines Staates sie alle umfaßt, noch keine Nation. Die Stärke einer Nation liegt in ihrer organischen Einheit. Erst aus ihr kann jener Lebensdrang nationaler Gesamtheit entstehen, der einer Weltpolitik Richtung und Ziel gibt.

Während wir in den Staaten Europas festen nationalen Einheiten als gegebenen Faktoren der weltpolitischen Tendenzen gegenüberstehen, stehen wir in den Vereinigten Staaten noch in der Frage, ob eine solche sich zu Ende bilden und welcher Charakter ihr eignen wird. Erst die Zukunft wird diese Frage beantworten. Menschlichem Ermessen nach wird früher oder später gemeinsame politische Atmosphäre, die gemeinsame Schule, Einheit des äußeren Lebens, die Blutmischung alle divergierenden Tendenzen überwinden. Wann indes diese Entwicklung abgeschlossen, welcher Art die zukünftige Nation sein wird, steht dahinter. Zunächst wirken die schwierigen Probleme und Aufgaben, mit denen der jetzige Zustand das amerikanische Leben belastet, der Zielsicherheit des nach außen gewandten nationalen Willens entgegen.

Die bisherige Geschichte des weltpolitischen Willens in den Vereinigten Staaten kann in der Geschichte der Monroe doktrin zusammengefaßt und überschaut werden. Ihre Entwicklung und allmähliche Umgestaltung ist die Entwicklung und allmähliche Umgestaltung der politischen Ansprüche der Vereinigten Staaten.

Der Ursprung der Monroe doktrin ist eine Erklärung des Präsidenten Monroe aus dem Jahre 1823. Im Jahre 18

war die politische Situation des amerikanischen Kontinents die folgende: Ungeheure Gebiete waren noch unerschlossen, politisch nicht abgegrenzt, unter unsicheren Herrschaftsverhältnissen. Im Süden kämpften die spanischen Kolonien um ihre Unabhängigkeit gegen Spanien. Im äußersten Norden suchte Rußland seine Herrschaft über das sterile Alaska nach fruchtbaren Gebieten auszu dehnen. Durch einen Vertrag vom Jahre 1818 hatten England und die Vereinigten Staaten ihre Streitigkeiten über den Besitz noch unabgegrenzter Gebiete im Norden vertagt und ein zehnjähriges Kondominium über diese damals noch wenig bekannten Gegenden beschlossen.

Den russischen Plänen traten England und die Vereinigten Staaten vereint entgegen. Damals erklärte der Staatssekretär Adams dem russischen Gesandten in Washington, Baron Tuzl, offen: „Wir werden Rußland das Recht auf jede territoriale Festsetzung auf diesem Kontinent bestreiten und offen das Prinzip aufstellen, daß die amerikanischen Kontinente künftighin keiner neuen kolonialen Festsetzung europäischer Staaten unterworfen werden dürfen.“

Gleichzeitig suchte Spanien die Intervention der heiligen Allianz gegen seine revoltierenden Kolonien. Der Vertrag vom 20. November 1815 verpflichtete Österreich, Rußland, Preußen und England, alle revolutionären Bewegungen, welche die Völker gegen die legitimen Regierungen unternehmen könnten, zu unterdrücken. Frankreich war 1818 beigetreten. Während der diplomatischen Bemühungen Spaniens bei den Mächten der heiligen Allianz verkündete der Präsident Monroe in seiner Jahresbotschaft an den Kongreß die Grundsätze, die später den Namen der Monroedoktrin erhalten haben. Es sind zwei Grundsätze, das Prinzip der Nichtkolonisation und das Prinzip der Nichtintervention. Das erste Prinzip wird in dem § 7 der Botschaft aufgestellt und lautet: „Diese Umstände bieten eine gute Gelegenheit, als ein Prinzip, in welchem die Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten zusammengefaßt sind, den Satz aufzustellen, daß die amerikanischen Kontinente, infolge der Freiheit und Unabhängigkeit, die sie errungen haben und festhalten, für die Zu-

kunft nicht mehr als Gegenstand irgendeiner Kolonisation seit irgendeiner europäischen Macht zu betrachten sind."

In den §§ 48 und 49 wird das Prinzip der Nichtintervention wie folgt begründet: „In den Kriegen der europäischen Mächte anlässlich von Fragen, die diese selbst betreffen haben wir nie irgendeinen Anteil genommen, und es verträgt sich nicht mit unserer Politik, es zu tun. Was dagegen die Bewegungen in dieser Halbkugel betrifft, sind wir notwendigerweise unmittelbarer berührt. Das politische System der verbündeten Mächte ist in dieser Beziehung wesentlich verschieden von den amerikanischen. Wir sind daher den freimütigen und freundlichen Beziehungen, welche zwischen den Vereinigten Staaten und diesen Mächten bestehen, schuldig zu erklären, daß wir jeden Versuch ihrerseits, ihr politisches System auf einen Teil dieser Hemisphäre auszudehnen, als unseren Frieden und unsere Sicherheit gefährdend ansehen müssen. In den bestehenden Kolonien eines europäischen Staates haben wir nicht interveniert und werden nicht intervenieren. Was aber die Regierungen betrifft, die die Unabhängigkeit proklamiert und aufrechterhalten haben und die die Unabhängigkeit wir aus ernststen Gründen und nach gerechten Prinzipien anerkannt haben, könnten wir eine Intervention, welche zum Zwecke hat, diese Staaten zu unterdrücken oder auf irgendeine andere Weise eine Kontrolle über ihr Schicksal auszuüben, von seiten irgendeines europäischen Staates nicht mit ansehen, ohne sie als Bekundung einer feindlichen Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten aufzufassen. Es ist unmöglich, daß die verbündeten Staaten ihr politisches System auf irgendeinen Teil dieses Kontinents ausdehnen, ohne unseren Frieden und unser Glück zu gefährden. Niemand kann glauben, daß unsere südlichen Brüder, sich selbst überlassen, eine fremde Intervention freizunehmen würden. Es ist daher gleicherweise unmöglich, daß eine solche Intervention, in welcher Weise sie auch erfolge, Gleichgültigkeit ansehen könnten."

Um diese beiden Prinzipien kristallisierte sich der politische Wille der neuen amerikanischen Nation. Die Botschaft des Präsidenten wurde in den Vereinigten Staaten mit ungeheurer

Zubel aufgenommen. Die ideellen Grundlagen des Amerikanismus standen den Prinzipien der heiligen Allianz gegenüber. Daher wurden diese wenigen Sätze zu einer politischen Idee. Die Idee überdauerte die Umstände, die ihre Formulierung veranlaßt haben. Die heilige Allianz besteht nicht mehr, kein Mensch denkt mehr an die Möglichkeit einer Intervention, die irgendeinen Teil des amerikanischen Kontinents dem politischen System Europas unterwerfen könnte; der ganze Kontinent ist kolonisiert und aufgeteilt, die Möglichkeit einer neuen europäischen Kolonisation, gegen die sich der § 7 wendet, besteht nicht mehr. Nimmt man die Monroedoktrin in ihrer ursprünglichen Fassung, so ist sie gegenstandslos geworden. Als politischer Faktor ist ihre Idee bedeutsamer denn je.

Sie erwies sich als eine geschmeidige Formel, die sich der Entwicklung des politischen Empfindens und Begehrens in staunenswerter Weise anzupassen vermochte. Sie nahm alles, was die Vereinigten Staaten bis heute wünschen konnten, in sich auf und verlieh der politischen Aktion jenen wirksamen und nützlichen Schein eines Rechtsgrundsatzes, der, den in ihm investierten politischen Willen stützend, gegen jeden Widerstand von außen ein mächtiges Imponderabile ins Feld führte. Die Formel wurde zur politischen Doktrin, welche als fester und gemeinsamer Inhalt des politischen Denkens die Nation auf ein Ziel einigte. Sie ist geschmeidig genug, um wechselnde Interpretationen zu ertragen, sowohl um in Fällen angewandt zu werden, auf die sie nicht paßt, als um in anderen außer acht gelassen zu werden, auf die sie paßt. Die amerikanische Politik hat in den folgenden Jahrzehnten in wechselnder Praxis die Monroedoktrin stillschweigend erweitert oder stillschweigend wieder eingeschränkt. Die allgemeine Entwicklung aber ging in der Richtung ständiger Erweiterung, wobei indessen gesagt werden muß, daß diese Erweiterung, abgesehen von dem politischen Empfinden, niemals die ständige Praxis, sondern nur gelegentliche Anwendungen bestimmen konnte.

Zunächst dient die Monroedoktrin dem amerikanischen Staat dazu, Gebiete für sich zu beanspruchen, deren Eroberung sie anderen Staaten verwehrt. Damit geht der Defensivcharakter des

Prinzip der Nichtkolonisation in einen offensiven Charakter. Und Europa soll nicht nur keine neuen Kolonien auf amerikanischem Boden erwerben, sondern aus seinen alten zurückweichen. So in der Frage des venezolanischen Grenzstreits und in der Frage hatte das Prinzip keinen anderen Sinn. In analoger Weise hat das Prinzip der Nichtintervention seinen rein defensiven Sinn in einen offensiven umgedreht. Während es die Intervention der heiligen Allianz abwehren sollte, wurde es schließlich zu einem Rechtsgrundsatz, welcher eine amerikanische Intervention rechtfertigen sollte. Der Begriff der Intervention ist so dehnt, daß schließlich jede Mitwirkung europäischer Staaten an politischen Fragen Zentral- und Mittelamerikas unter ihn fallen konnte: Europa aber von den politischen Fragen Süd- und Zentralamerikas vollkommen ausschalten, heißt ein alleiniges Bestimmungsrecht der Vereinigten Staaten etablieren. Schließlich wird Monroe'sche Doktrin auf ökonomisches Gebiet ausgedehnt, wird zur Begründung einer Zollpolitik angerufen, welche die europäischen Waren von den amerikanischen Kontinenten verjagen und südamerikanischen Staaten durch ein System von Vorzugszöllen mit den Vereinigten Staaten verbinden sollte. Heute ist der Sinn der Monroe'schen Doktrin wirtschaftlich wie politisch kein anderer als der Ruf: Amerika den Amerikanern; dessen eigentlicher Sinn aber ist: ganz Amerika den Vereinigten Staaten.

Nur ein Gedanke der Monroe'schen Doktrin ist im Laufe der Zeit nicht erweitert, sondern eingeschränkt worden: das ist der Passus, welcher das Desinteressement der Vereinigten Staaten in nicht-amerikanischen Fragen behauptet. Das ist aber der einzige Satz, der einen negativen Sinn hat. Demgemäß hat seine Einschränkung positive Bedeutung. In steigendem, wenngleich in langsam steigendem Maße hat die amerikanische Politik sich auch mit europäischen Fragen beschäftigt. Wenngleich diese Änderung zur Zeit noch keine Bedeutung hat, so kann doch aus ihr die neue Tendenz konstatiert werden. Es ist durchaus unwahrscheinlich, daß diese Tendenz in absehbarer Zeit irgendeine Bedeutung für die europäischen Fragen selbst erlangen wird. Die Aufgabe, welche zur Durchführung der erweiterten Doktrin in Amerika zu lö-

ist, ist zu groß, das Gebot der Klugheit, welche, abgesehen von jeder Doktrin, die Politik der Vereinigten Staaten davon abhalten muß, sich in dem europäischen Imbroglío zu engagieren, ist zu eindringlich, als daß diese Tendenz sich ausleben könnte. Als Tendenz aber zeigt sie, daß die Schrankenlosigkeit des Machtwillens nicht bloß den Nationalismen der alten Kontinente eignet.

In der ostasiatischen Frage ist die amerikanische Politik mitten drin. Die Vereinigten Staaten haben ihre Herrschaft auf Hawai und die Philippinen ausgedehnt — also nach Osten zu die Grenzen der amerikanischen Kontinente längst überschritten. Die Erwerbung der Philippinen galt schon dem „Newyork Herald“ am 6. Mai 1898 als die Erwerbung eines ausgezeichneten Beobachtungspostens, von dem aus die Vereinigten Staaten in einer zukünftigen Teilung Chinas intervenieren könnten.

Tendenz und Wachstum des amerikanischen Nationalismus sind hiermit klargelegt. Es erübrigt eine Erörterung der Mittel, über die er verfügt. Die Vereinigten Staaten haben ihre Flotte planmäßig ausgebaut. Sie verfügen heute über die drittstärkste Kriegsslotte der Welt. Sie bedürfen ihrer nicht nur um ihrer ostasiatischen Interessen willen, sondern als Rückhalt ihres Einflusses auf die zentral- und südamerikanischen Staaten. Gegen sie haben sie schon mehrfach nur durch maritime Drohungen ihren Willen durchsetzen können. Dagegen ist ihre Landmacht — an den politischen Ansprüchen gemessen, welche die erweiterte Monroe-doktrin stellt — durchaus unzulänglich. Es ist durchaus fraglich, ob diese Landmacht zu einer Intervention in die mexikanischen Unruhen ausreichen würde. Noch weniger würde sie für den praktisch unmöglichen, theoretisch aber denkbaren Fall eines erneuten europäischen Eingreifens in Mexiko zulangen. Daraus ergibt sich eine Differenz der militärischen Machtmittel zu den Machtansprüchen, die für die Eigenart der amerikanischen Politik wesentlich ist.

So weit das Programm der erweiterten Monroedoktrin: Amerika den Vereinigten Staaten, einer letzten Endes unmöglichen Verwirklichung immerhin nähergerückt ist, sind es auch nicht die militärischen Machtmittel gewesen, welche diese Fortschritte er-

möglichst haben. Es sind lediglich wirtschaftliche Kräfte. All Einfluß der Vereinigten Staaten in Südamerika beruht auf ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit, auf der Expansion des amerikanischen Kapitals. Sein Einfluß überwiegt schon heute in Mexiko und den kleinen Staaten Zentralamerikas, konkurriert in den südamerikanischen Staaten mit Aussicht auf Hegemonie mit den Kapitalmächten Europas; und wenn irgendeine Aussicht auf eine wirkliche Beherrschung der amerikanischen Kontinente durch die Vereinigten Staaten besteht, so ruht sie in dem organisatorischen Talent des amerikanischen Unternehmers. Amerikaner haben in den letzten Jahren die nordargentinischen und südbrasilianischen Bahnen in ihre Hand gebracht und zu einem System vereinigt. Die politische Macht folgt der wirtschaftlichen, welche jene langsam unterhöhlt, wobei sie, um ungestört wirken zu können, den Schein einer unabhängigen politischen Fassade bestehen läßt. Hierzu ist also zu bemerken, daß der nationale Charakter dieser Kapitalismächte, wenngleich vorhanden, doch teilweise fragwürdig ist — und ihm eine neue, zum Teil selbständige Macht, welche mit der amerikanischen Nation nicht identisch ist, ja mit dieser selbst um die Herrschaft in der Heimat ringt, herangewachsen ist.

Der erweiterten Monroedoktrin sind Grenzen gesetzt. Die erste Grenze ist die militärische Unzulänglichkeit. Die wirtschaftliche Überlegenheit und die Expansion des amerikanischen Kapitals mag ausreichen, einen großen politischen Einfluß der Vereinigten Staaten auf die süd- und zentralamerikanischen Staaten zu gründen. Dieser Einfluß wiederum mag ausreichen, um panamerikanische Kongresse zusammenzubringen und auch Südamerikaner zu panamerikanischen Reden zu bewegen: zu der Gründung eines einheitlichen panamerikanischen Riesenreiches langt er nicht zu. Dem Panamerikanismus steht der rudimentäre Zustand der nordamerikanischen Nationaltypus, die Rassenverschiedenheit der germanischen Nordens und des lateinischen Südens, das Heranwachsen selbständiger Nationalismen in den südamerikanischen Staaten entgegen. Wenn der Panamerikanismus die Idee eines einheitlichen amerikanischen Nation bedeuten will, so ist er nicht nur für heute, sondern für alle Zeiten ein leeres Wort.

Der andere Teil des amerikanischen Problems, das süd-amerikanische, hat für eine Untersuchung der weltpolitischen Faktoren insofern nicht die gleiche Bedeutung, als die südamerikanischen Staaten zurzeit und wohl noch auf sehr lange hinaus nur Objekt, nicht aber Subjekt einer Weltpolitik sind und sein werden. Sie kommen für die weltpolitischen Zusammenhänge nur durch die Rolle in Betracht, die sie in den weltpolitischen Plänen anderer Staaten spielen. Ihre weltpolitische Aktivität hat zurzeit noch die Form des passiven Widerstandes, den sie solchen Plänen anderer entgegensetzen.

Von besonderer Bedeutung ist die Stellung, die sie gegenüber der Weltpolitik der Vereinigten Staaten auf der einen, der der europäischen Großmächte auf der anderen Seite einnehmen.

Ein französischer Journalist hat im Jahre 1896 die Gesandten der südamerikanischen Staaten in Paris um ihre Meinung über die Monroedoktrin befragt und die Antworten im „Temps“ vom 1. Januar 1896 publiziert. Der kurze Sinn aller dieser Antworten ist der: Die Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten ist eine Selbstverständlichkeit. Die Monroedoktrin ist kein Rechtsprinzip, sondern ein Rechtsanspruch der Vereinigten Staaten. Amerika den Amerikanern, aber nicht den Vereinigten Staaten. Die Selbständigkeit der lebensfähigen Staaten Südamerikas und ihr Wille, diese Selbständigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu wahren, ist in den letzten Jahrzehnten dauernd gewachsen und wird aller Voraussicht nach noch weiter wachsen. Der wirtschaftliche Einfluß des nordamerikanischen Kapitals mag wachsen, und kraft dieses wirtschaftlichen Einflusses mögen die schwachen zentralamerikanischen Staaten längst in eine reelle Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten sein: auch sie sind bemüht, den Schein zu wahren und setzen da und dort den politischen Plänen der Vereinigten Staaten, so gut und so lange es geht, Widerstand entgegen. Die Interventionsversuche der Vereinigten Staaten haben auch da, wo sie, wie in Venezuela, dem Interesse des Staates dienen und zunächst mit Jubel begrüßt wurden, schließlich Mißtrauen und Unruhe

zurückgelassen. Brasilien hat den panamerikanischen Ideen an wirtschaftlichem Gebiet manche Konzession gemacht und infolge seines Gegensatzes zu Argentinien Ursache, auf engen Anschluß an die Vereinigten Staaten bedacht zu sein; es wird, wenn dieser Gegensatz sich ausgleichen läßt und die amerikanische Freundschaft anspruchsvoller wird, sich schnell mit Argentinien und den übrigen Staaten gegen die Machtansprüche der Vereinigten Staaten zusammenschließen. Die Dinge liegen heute so, daß jeder stärkerer Druck von Norden den Zusammenschluß des Südens herbeiführen muß.

Die Anzeichen dieser Entwicklung haben sich in den letzten Jahrzehnten gehäuft, worüber alle panamerikanischen Veranstaltungen nicht hinweghelfen können. Die Slawen verbindet ein gemeinsame Rasse, zum größten Teil auch ein gemeinsamer Gottesglaube: daher wird der Panlawismus, wenn auch sein wesentlichster politischer Inhalt der russische Anspruch der Herrschaft über alle Slawen ist, immer eine Realität bleiben, weil ein wirkliche Idee ihm zugrunde liegt und etwas da ist, worauf der russische Machtanspruch sich stützen kann. Der Panamerikanismus aber ist keine Realität, auch keine wirkliche Idee, sondern ein Phantom: er ist ein Machtanspruch der Nordamerikaner und es ist nichts in den Herzen der Südamerikaner, worauf sich stützen könnte. Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten trennt von der Bevölkerung der südlicheren Teile der amerikanischen Kontinente die denkbar größte Rassendifferenz, die der halbindianerhafte Typus des benachbarten Mexikanertums noch besonders unterstreicht. Der Rassengegensatz fällt zusammen in der Verschiedenheit der Sprachen. Und dieser Rassengegensatz ist noch dazu nicht zu erschöpfen durch den Gegensatz der romanischen und der germanischen Rasse. Der ist verschärft worden durch das verschiedene Verhältnis beider Rassen zu den eingeborenen Indianern. Während im Norden nirgends eine Vermischung stattfand, sondern die eingeborene Rasse unterging, ist sie im Süden erhalten und zum mindesten teilweise aufgesogen worden, wodurch denn ein neues trennendes Element zu den schon vorhandenen hinzukommt.

Wenn die süd- und nordamerikanischen Staaten eine gemeinsame Gefahr gegen Europa verbände, könnte ein gemeinsames Interesse dem Panamerikanismus vielleicht einigen Halt geben. Das ist indes nicht oder längst nicht mehr der Fall. Es wird zwar von Zeit zu Zeit versucht, eine solche Gefahr zu erdichten, wozu zum Beispiel die deutsche Einwanderung in Brasilien hat herhalten müssen; aber solche Versuche sind doch zu wenig fundiert, um irgendeinen dauernden Eindruck machen zu können.

Was das Verhältnis der südamerikanischen Staaten zu Europa betrifft, so wissen diese genau, daß ihnen von dieser Seite eine politische Gefahr nicht droht. Für die politische Expansion der Weltpolitik treibenden Völker Europas spielt Südamerika keine Rolle. Niemand in Europa denkt mehr an territoriale Erwerbungen auf amerikanischem Boden. Soweit die weltpolitische Konkurrenz der europäischen Völker eine politische ist, bleibt sie auf den afrikanischen und asiatischen Kontinent beschränkt. In diese Konkurrenz sind die südamerikanischen Staaten, welche in Afrika nichts zu suchen haben und auch dem ostasiatischen Kampfgebiet noch auf lange fernbleiben werden, an keiner Stelle verwickelt. Die moderne Weltpolitik indes hat eine wirtschaftliche und eine kulturelle Seite, deren Bedeutung für die allgemeinen Ziele der Weltpolitik hinter der politischen nicht zurücksteht, und in diesem wirtschaftlichen und kulturellen Konkurrenzkampf der großen europäischen Völker spielt Südamerika eine Hauptrolle. Argentinien kann finanziell als eine von der Londoner Börse aus geleitete Kolonie gelten. In seiner Einfuhr steht England an erster Spitze, während Deutschland und die Vereinigten Staaten um den zweiten Platz ringen; Frankreich, das den Schwerpunkt seiner weltpolitischen Propaganda auf die Kultur gelegt hat, weil es durch kulturelles Übergewicht allein seiner Wirtschaft einen Anteil sichern kann, beherrscht den Nachrichtenbezug Südamerikas aus Europa, die Mode, den Geschmack, die Phrasen und die Literatur, sendet Scharen von Conférenciers und so weiter.

Die südamerikanischen Staaten haben keinen Grund, diesen wirtschaftlichen Kampf der europäischen Völker, der sich auf

ihrem Boden abspielt, zu hindern; sie entwickeln sich dabei werden reich und fühlen sich gedeckt gegen die Gefahr der wirtschaftlichen Erdrückung durch die Vereinigten Staaten. Das Kapital, das Europa in dem jungfräulichen Boden Südamerikas anlegt, nimmt den Bewohnern dieses Bodens nichts, sondern befruchtet ihn und läßt sie teilnehmen an einem vervielfachten Ertrag, von dem nur ein kleiner Teil als Zins nach Europa zurückfließt.

Die größeren der südamerikanischen Staaten sind in den letzten Jahrzehnt als Staaten beträchtlich erstarkt. In einigen ist die Zeit der ewigen Revolutionen vorbei, in anderen hat die Revolution nur mehr die Bedeutung eines Regierungswechsel. Im Norden ist die staatliche Konsolidierung weniger fortgeschritten als im Süden. Argentinien, Brasilien und Chile haben viel getan für ihr Heer und ihre Flotte, sie haben Schiffe neuester Typs, gut gerüstete, zum Teil von europäischen Instruktoren ausgebildete Heere. Diese Rüstungen, wenngleich in erster Linie hervorgerufen durch den Gegensatz dieser Staaten untereinander, sind doch für die Machtansprüche der Vereinigten Staaten ein wichtiger Faktor: das argentinische Heer ist dem der Vereinigten Staaten heute zweifellos überlegen und wenn die Staat sich gegenüber den mexikanischen Unruhen so zurückhalten zeigen, so hat bei dieser Haltung gewiß die Erkenntnis wenigstens mitgesprochen, daß das Bundesheer auch der Aufgabe dieses heute so erschütterte Land zu pazifizieren, kaum gewachsen ist.

Schneller noch als Staaten von achtungsgebietender Macht sind in Südamerika Nationen mit starkem Lebenswillen und innerer Eigenart herangewachsen. Sie sind noch in Bildung begriffen, aber die Typen beginnen bereits sich schärfer voneinander abzuheben. Welche Faktoren in diesem Entwicklungsprozeß wirksam sind, die Umwelt, verschiedene Nuancen der Rassenmischung oder der Einfluß der staatlichen Verhältnisse, ist in diesem Zusammenhang ohne Belang; genug, daß festgestellt werde, daß die nationale Grundtendenz, die die Individuen an Völker bindet, auch Südamerika erfaßt hat und wachsend beherrscht.

Wenn wir bisher bei Betrachtung der einzelnen Völkereindividualitäten und ihrer politischen Eigenart überall ein Anwachsen der nationalen Tendenzen haben feststellen müssen, so waren es doch durchweg Völker der weißen Rasse, Kinder Europas, Bestandteile des christlichen Kulturkreises. Daß indes diese Stärkung der nationalen Tendenzen nicht aus der Eigenart der weißen Rasse oder der christlichen europäischen Kulturkreise, sondern der menschlichen Natur selbst fließe, lehrt uns die Betrachtung der beiden Nationen gelber Rasse, von denen die eine mit einer beispiellosen Aktivität, die andere mit einer zwar noch passiven, aber ungeheuren Masse in das weltpolitische Geschehen einzugreifen begonnen hat.

Japan hat sich im Laufe eines halben Jahrhunderts aus einem mittelalterlich rückständigen, von aller Welt abgeschlossenen, in Bürgerkriegen und Adelskämpfen zerfallenen Staatsgebilde in eine moderne Großmacht verwandelt. Erst im Jahre 1858 schloß es den ersten Handelsvertrag, der den Vereinigten Staaten eine Reihe von Häfen öffnete, und erst zehn Jahre später nach heftigen inneren Kämpfen, die gerade durch diese Änderung in der Abschließungspolitik gegen die Fremden hervorgerufen wurden, gab es die Abschließung endgültig auf und trat in freien Kontakt mit der europäisch-amerikanischen Welt. Die Entwicklung, die sich dann vollzog, steht in der uns bekannten Geschichte einzig da. Die Japaner zeigten sich imstande, die Machtmittel der europäischen Zivilisation sich im Laufe weniger Jahrzehnte anzueignen, ihre wirtschaftliche und politische Organisation nach dem Muster Europas umzugestalten. Das Erstaunliche dabei ist, daß durch eine so rapide Umgestaltung des ganzen Lebens der nationale Organismus nicht innerlich erschüttert und geschwächt wurde, wie in allen anderen Fällen, in denen ein vorher abgeschlossenes Volk mit einem Male eine fremde Kultur, Ideenwelt und Wirtschaftsorganisation übernahm. Japan gelang es sogar, die europäischen Machtmittel gegen Europa selbst und mit Erfolg zu gebrauchen: nachdem es China besiegt hatte, drängte es Rußland in einem

siegreichen Kriege unter glanzvollen, vielbewunderten Kriegstaten von dem japanischen Expansionsgebiet ab und rückte damit nicht ganz vier Jahrzehnte, nachdem es sich der modernen Zivilisation geöffnet hatte, in die Reihe der Weltmächte ein. Der äußere Verlauf dieser Entwicklung ist bekannt, die inneren Faktoren aber, die sie möglich gemacht haben, sind schwer zu fassen. Sie interessieren uns hier insoweit, als sie ein Urteil über das Japan von heute, die Triebkräfte seines Imperialismus und seine Zukunft ermöglichen.

Man kann diese inneren Gründe nirgend anders als in der Eigenart der japanischen Rasse suchen und neben der Geschlossenheit und Einheit dieser Rasse und ihrer Kultur, neben der relativen Kleinheit des Landes, die die Verwandlungsfähigkeit erleichtert und eine durchgreifende und schnelle Wirkung staatlicher Maßnahmen ermöglicht, die alten soldatischen Eigenschaften der Japaner, ihre Gelehrigkeit, Geschmeidigkeit, zähe Energie zur Erklärung heranziehen. Das Wesentliche wird man in der Qualität der Rasse, dem elementaren Lebenswillen der Nation, kurz der Kraft der nationalen Tendenz zu suchen haben. Von dem Augenblick an, da das japanische Volk, dessen unbewusster Nationalismus sich bislang in der Abschließung und Feindschaft gegen alles Fremde Genüge getan hatte, zu begreifen anfing, daß es auf diese Weise seine Existenz gefährde, warf es sich mit derselben Leidenschaft, mit der es bisher alles Fremde abgelehnt hatte, auf seine Nachahmung: und gegen diese Erkenntnis der praktischen Notwendigkeit verschwanden in erstaunlich kurzer Zeit alle einem solchen Umschwung entgegenstehenden Überlieferungen, Dogmen, Bedenken, Ideen. Es ist ein Volk, dessen Lebenswille höchst real orientiert ist, das dem realen Streben nach Macht alles andere unterordnet. Diese Richtung des Lebenswillens, seine Geschlossenheit und seine Kraft haben das schnelle Aufsteigen des kleinen Japan zu einer imperialistisch orientierten Weltmacht ermöglicht. Der heutige japanische Nationalismus unterscheidet sich wenig von dem europäischen. Er mag in der Zeit der Abschließung noch wesentlich asiatisch gewesen sein — auch er ist heute europäisiert.

Wie bekannt, hat sich dieser Nationalismus von Anfang an gegen außen gerichtet. Er war schon bald nach seinem Entstehen imperialistisch und extensiv. Japan beherrscht heute an neuen Erwerbungen Korea, die Halbinsel Liaotang, Formosa, die Insel Sachalin bis zum 50. Breitengrade; die südliche Mandschurei ist eine kaum noch bestrittene Domäne seines Einflusses. Das bedeutet für das kleine und arme Land eine enorme Expansion. All das hat es durch das Schwert errungen und beherrscht es durch das Schwert. Es ist bekannt, welche Befürchtungen diese schnelle japanische Expansion rings an den Küsten des Pazifik, in Australien, Kalifornien, Mexiko hervorgerufen hat. Sogar die Vereinigten Staaten fühlen sich nicht nur im Besitz der Philippinen und Hawais, sondern auf dem amerikanischen Festland selbst bedroht und mancher sieht die Japaner schon in Mexiko, Kalifornien, Ecuador Fuß fassen, Kohlenstationen, Flottenstützpunkte begründen. Alle diese Befürchtungen werden genährt durch die Eigenart des japanischen Auswanderers, seine Emsigkeit, Zähigkeit, Arbeitskraft und seinen schrankenlosen Patriotismus. Diese Art des Auswanderers trägt die Heimat mit sich, der er den Rücken gekehrt hat. Es ist gar kein Zweifel, daß diese Befürchtungen übertrieben sind. Es ist schon in den letzten Jahren immer deutlicher geworden, daß die expansive Entwicklung zum mindesten ihr Tempo wird verlangsamen müssen und schon verlangsamt hat. Das heutige Japan krankt an seinen Erfolgen. Es war vielleicht gezwungen, eine so überschwengliche auswärtige Politik zu treiben, namentlich die russischen Pläne auf sein bestes Expansionsgebiet nicht zu dulden, aber es hat die Folgen seiner Siege noch nicht überwunden. Es muß sich wirtschaftlich und finanziell ganz anders konsolidieren, ehe es nur an einen kleinen Teil des Ehrgeizes denken kann, der ihm zugeschrieben wird. Ein zu frühes Wachstum kann zwar zu äußeren Erfolgen, auch vielleicht zu der Begründung eines Imperiums führen, dessen Macht und Ausdehnung sich auf der Landkarte bestaunen läßt — eine wirkliche und dauernde Herrschaft aber bedarf eines anderen Fundaments. Damit aber kommen wir auf die Hauptschwäche des heutigen, vielleicht auch des zukünftigen japanischen Imperia-

lismus. Das japanische Volk hat seine Erfolge durch seine kriegerischen Eigenschaften errungen. Sein Imperialismus ist Imperialismus der Gewalt. In unserer Zeit überaus komplexe Zusammenhänge und Lebensbedingungen aber kann die Gen allein nicht halten, was sie erwarb. Der wahre Imperialismus der das Erworbene nicht nur äußerlich beherrscht, sondern innerlich sich aneignet, setzt eine Menge von Fähigkeiten voraus, mit dem Gebrauch des Schwerts nichts zu tun haben. A Japan bisher in der Beherrschung der neu erworbenen Gebiete fremder Rasse in Korea und in Formosa geleistet hat, berechtigt nicht zu dem Glauben, daß es über diese Eigenschaften verfüge. Es hat den Anschein, als fehlte ihm ein Unentbehrliches, kulturelle religiöse Kraft. Es ist seltsam, aber unleugbar, daß zwar nicht die Gründung, aber dauernde Erhaltung der großen Imperien ein Werk der Idee war. Japan hat keine solche Idee. Es bringt der Welt keine neue Religion, keinen neuen Idealismus, kein neues Menschenideal, das zu sich verführte. Dem japanischen Imperialismus fehlt die religiöse Fundierung. Vielleicht offenbart sich hierin die Rehrseite seiner Europäisierung. Es scheint, als hätte es der Welt nichts mehr Neues, Eigenes zu sagen — nur japanische Nuancen der Meinungen Europas, und nach wie vor die Mutter der Ideen bliebe. Vielleicht wird in Zukunft diese Meinung desavouieren, die von englischen Kennern Japans, die als Engländer über die kulturellen Vorbedingungen des Imperialismus am besten Bescheid wissen, ausgesprochen wurde.¹³⁾

11.

Die andere ostasiatische Macht, China, kann noch keine Weltpolitik treiben. Sie ist zurzeit nur Objekt, nicht Subjekt, Weltpolitik, aber von allen Objekten das größte, seltsamste, dunkelste. Sie ist das größte nicht nur wegen des ungeheuren Raumes, wegen seines Reichtums an Bodenschätzen und seiner Fruchtbarkeit — sondern in erster Linie wegen der beispiellosen Masse von Menschen. China zählt vierhundert Millionen Einwohner. Menschen aber sind

größte Reichtum. Zudem haben diese vierhundert Millionen eine Fruchtbarkeit sondergleichen. Wenn schon quantitativ das chinesische Problem mit keinem anderen verglichen werden kann, so erst recht qualitativ. Es ist von einer so unnahbaren Eigenart und Komplexität, daß ein jeder, dem es nicht gegeben ist, schlecht-hin und ohne Selbstprüfung zu urteilen und zu kombinieren, seine Unzuständigkeit bescheiden eingestehen muß. Kenner Chinas haben bemerkt, daß das Problem immer vielgestaltiger und unfasbarer erscheine, je mehr man sich in dem Lande selbst mit ihm befaße. Dann aber ist es vermessend, zu glauben, man könne aus der Ferne in kurzen Strichen seine Umrisse zeichnen. Ein solcher Anspruch wird hier nicht erhoben. Es sollen nur einige Momente, die für das allgemeine Problem der nationalen Tendenz bedeutsam scheinen, herausgegriffen und dabei unter allem Vorbehalt die Möglichkeiten berührt werden, die das chinesische Problem der Entwicklung der modernen Weltpolitik bietet.

Es ist kein Zweifel, daß auch das moderne China seine nationale Tendenz hat. Es liegen eine Reihe von Äußerungen dieser Tendenz vor, Boykottbewegungen, Parteiprogramme, die Haltung der auch in China in dem letzten Jahrzehnt entstandenen Presse. So typisch diese Äußerungen auch sind, so berechtigen sie doch nicht dazu, diese Masse von vierhundert Millionen Menschen sich in dem gleichen Sinne national determiniert und zusammengefaßt zu denken, in dem die Völker des europäisch-amerikanischen Ideentreises, zu dem das moderne Japan bereits zu zählen ist, es sind. Man muß immer berücksichtigen, daß die Bewegung, die das chinesische Volk in dem letzten Jahrzehnt ergriffen hat, nur einen Bruchteil der vierhundert Millionen umfaßt, nämlich den, der mit Europa in nähere Beziehungen gekommen ist, der weitaus größte Teil aber in den Banden des alten China verharrt, vielleicht von allen Veränderungen und Umwälzungen der letzten Jahre noch keine oder nur eine gänzlich falsche Kenntnis erlangt hat. Das alte China ist immer noch der Hauptfaktor des modernen.

Das alte China nun war kein eigentlich nationales Reich. Es war durch Jahrhunderte hindurch an eine Fremdherrschaft

gewöhnt. Kriegerische Völker aus dem Norden brachen immer wieder in das fleißig und still bebaute, fruchtbare Reich ein, und mächtigten sich der Herrschaft, wurden allmählich durch die überlegene Kultur der Beherrschten überwunden. Das chinesische Volk nahm dies Schicksal hin als den Willen Gottes. Er offenbart sich durch den Erfolg. Wer Erfolg hatte, war der von Gott Begnadete, „als Sohn Gottes behandelte“, der Himmel sohn — auch wenn er ein Fremder war. Hatte die herrschende Dynastie Mißerfolge, war das Volk unter ihrer Herrschaft von Überschwemmung, Hungersnot, Pest heimgesucht, so war das ein Zeichen, daß der Himmel seine Gnade von ihr zurückgezogen hatte, so durfte sie gestürzt werden. Des Volkes Unglück war Schuld der Herrscher. Der Thronwechsel durch Revolution war Institution dieser Ideenwelt ist der nationale Gedanke fern. Es ist ein Aukt Universalmonarchie, die am Erfolge klebt, an der das Volk keinen Anteil hat, in der der Herrscher verpflichtet ist, das Volk glücklich zu machen und sich versündigt, wenn das Volk unglücklich wird. Dabei werden die Herrscher gestürzt, weil sie nicht taugen, nicht aber, weil sie fremde Eroberer sind. Dazu kommt die ideelle Grundlage des Konfuzianismus. Der Konfuzianismus ist der strikteste Gegensatz zu der modernen europäisch-amerikanischen Ideenwelt, zu ihrem Individualismus, ihrem unruhigen grenzenlosen Lebensdrang, ihrem Glauben an ein unendliches Ziel, ihrer Sehnsucht nach immer Neuem. Für den Konfuzianer haben die Denker und Staatsmänner der ältesten chinesischen Geschichte schon alles Denkbare gedacht, alle Weisheit gefunden, alle Grenzen ausgemessen. Es gilt nur, ihre Tradition zu bewahren, ihre Einrichtungen festzuhalten, ihre Weisheit zu erforschen und dafür zu sorgen, daß alles bleibe, wie es ist, oder wieder werde, was es war. Auf dieser Grundlage gibt es keinen modernen Nationalismus. Der sucht das ewige Neue, ist immer unzufrieden in der Zukunft gerichtet, will grenzenlos wachsen, lehnt die Vergangenheit ab und betrachtet die Gegenwart als Stufe einer besseren Zukunft. Für das alte China muß unsere Welt ebenso unbegreiflich sein als für uns ein Zustand der Versteinerung, in dem die Philologen, die besten Kenner der alten Schriften und ihre

Stiles, als die berufenen Staatsbeamten gelten und die politische Karriere durch philologische Examina geöffnet wird.

Natürlich haben auch die Chinesen ihre Vaterlandsliebe, ihre Liebe zur Heimat. Die aber ist noch nicht national. Sie ist in China lokal orientiert, hängt an der Provinz und nicht an dem Reich, das als Universalreich jenseits der Vaterlandsliebe liegt. Dieser provinziale Patriotismus ist ein nicht zu übersehender Faktor, der in den Kämpfen der letzten Jahre mehr zentrifugale als zentripetale Kraft bewiesen hat.

Diese so disponierte ungeheure Masse nun ist in Berührung mit der europäisch-amerikanischen Zivilisation und dadurch langsam in Bewegung gekommen. Welches Entsetzen muß durch diese Welt gegangen sein, als der Kaiser Kuanghsü im Jahre 1898 sich zu einem Edikt entschloß, in dem es hieß: „Die Kenntniss der Klassiker allein befähigt noch nicht zur Bekleidung eines wichtigen Amtes. Wichtiger ist heute, daß jemand die Welt kennt.“ Wir greifen aus allen Einzelheiten der chinesischen Reformation und Revolution diese unscheinbare Bemerkung heraus, weil sie knapp und schlicht die grandiose Tragik des alten China enthüllt. Wenn es sich einfach darum handelte, ein besseres Neues an die Stelle eines schlechteren Alten zu setzen! Wir Europäer aber dürfen nicht vergessen, daß der gebildete Chinese ein gewisses Recht hat, daran zu zweifeln, daß das Alte ein Schlechteres, das Neue ein Besseres ist, daß für ihn der europäisch-amerikanische Geisteszustand etwas Minderwertiges ist, etwas, das China schon vor Jahrtausenden überwunden hat — daß es ihm scheint, als gäben die alten chinesischen Weisen auf die ungestümen Fragen des Europäers überlegen lächelnd eine uralte, etwas müde, aber sehr weise Antwort. Europa kennt keinen letzten Schluß der Weisheit, China glaubt ihn seit alters zu besitzen. Japan hat eine ähnliche geistige Kultur nicht beseffen, was es davon besaß, war chinesischen Ursprungs — daher es sich denn bei der japanischen Umwälzung um eine bloße Umwandlung, bei der chinesischen aber um eine Tragödie größten Stiles handelt.

Das heutige China ist Republik, hat eine Verfassung, ein Parlament, einen Präsidenten, ein Kabinett, Parteien, Zeitungen,

Eisenbahnen und so weiter. Das alles ist das Resultat weniger Jahre. Die Entwicklung ist in vollem Gange, ein Zurück unmöglich. Und doch wäre es falsch, daraus zu schließen, daß die Tragödie abgeschlossen, das Problem gelöst wäre. China hat Form, aber noch nicht das Wesen. Von den vierhundert Millionen sind nur einige wenige in Bewegung geraten. Die Frage, die uns hier angeht, ist noch nicht beantwortet: es ist die Frage, ob aus dem ungeheuren Reich nach dem, wie es scheint, unermesslichen Verlust der Außenprovinzen, ein lebensfähiger Nationalstaat im europäischen Sinne, also eine chinesische Nation, die nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt einer Weltpolitik sein kann hervorgehen wird, oder ob der Patriotismus eine provinzielle Erscheinung bleiben, das ungeheure Reich, unfähig, als Ganzes europäischen Sinn zu pulsieren und zu leben, sich teilen und zerfallen, provinzweise noch eine leidliche Selbstständigkeit fristen wird, um dann irgendwann einmal stückweise der europäisch-amerikanisch-japanischen Expansion zu verfallen?

Diese Frage ist heute noch so unbeantwortbar, daß es unter allen Vorbehalten jede Antwort Vermessenheit wäre. Sie scheint, als wollte sich ein moderner Nationalismus herausbilden. Der Einbruch der fremden Kultur hat ihn geschaffen. Aber er ist aus der Negation geboren, gebärdet sich zunächst als Feindschaft gegen das Fremde, ist passiv und negativ, und wo er nicht ist, scheint er an den Provinzen zu kleben. Für Jahrzehnte bleibt China Objekt der Weltpolitik der im Osten interessierten Mächte, ein ungeheures Objekt, gegen die politische Expansion leidlich geschützt durch die Rivalität der Anwärter und den wirtschaftlichen Grundcharakter ihrer Interessen. Wird es aber einst ein Nationalstaat in unserem Sinne, mit dem grenzenlosen Lebensdrang eines solchen, dann wird es mit seinen Menschenmassen und Reichtümern, Fleiß, der Genügsamkeit, Geschicklichkeit seiner Einwohner Reim ungeheurer Möglichkeiten in sich tragen.

Nachdem wir in großen Umrissen die Eigenart der nationalen Tendenzen, die die Träger der heutigen Weltpolitik beherrschen, zu skizzieren versucht haben, verbleibt uns die Aufgabe, eine allgemeine Frage zu stellen, die für die politische Entwicklung

Zukunft von größter Bedeutung, aber allerdings kaum beantwortbar ist. Wenn es richtig ist, daß die nationalen Tendenzen überall im Wachsen sind, wie steht es dann mit der Möglichkeit der Neubildung von Nationen, der Teilung der bestehenden? Die gegenwärtig bestehenden Nationen sind einmal entstanden. Werden auch in Zukunft neue entstehen oder ist das heutige System der Nationen relativ beharrlich? Es ist klar, daß dies Moment die Wahrscheinlichkeiten der Zukunft determiniert.

Dabei handelt es sich freilich um Abschätzung von Faktoren, die dem menschlichen Urtheil kaum zugänglich sind. Nichts ist so dunkel, als die Entstehung der Nationen. Es scheint, als wäre unsere Zeit national so determiniert, daß Neubildungen wenig wahrscheinlich sind. Wo neue nationale Bewegungen entstanden sind, handelt es sich nur um ein Wachwerden alter nationaler Zusammenhänge, nicht aber um eine Entwicklung neuer. Wenn Völker wie die Flämen, Bulgaren, Araber sich ihrer nationalen Zusammengehörigkeit bewußt werden, so ist das ein Erwachen. Die Entstehung der jüngsten Nationen, der südamerikanischen, fällt noch in die Zeit vor dem Beginn der allgemeinen nationalen Bewegung. Wir haben gesehen, wie sehr die Bildung der nordamerikanischen Nation durch die nationale Determinierung der späteren Einwanderer behindert ist. In den beiden großen Weltreichen, in denen eine Teilung in verschiedene Völker überhaupt denkbar wäre, Rußland und dem britischen Reiche, haben wir keinerlei Anzeichen dafür, daß die Verschiedenheiten der Teile sich vergrößerten, die nationale Tendenz eine partikularistische Wendung nähme. Im Gegenteil, die Tendenz scheint dahin zu gehen, die partikulare Eigenart zwar zu entwickeln, ihr aber jede zentrifugale Wendung zu nehmen, und in gleichem Maße die Anziehung des größeren Rahmens zu stärken. Daher neigen wir dazu, anzunehmen, daß unsere Zeit zwar dem Wiederaufleben alter Nationen günstig, der Entstehung neuer aber ungünstig und im wesentlichen determiniert sei. So betrachten wir die bestehenden Nationen als gegebene Faktoren und lassen die Denkbareit von Neubildungen außer acht.
